Version 4.54

9. Juli 1998

INTERSPORT

Wöchentliches Berlin-Info

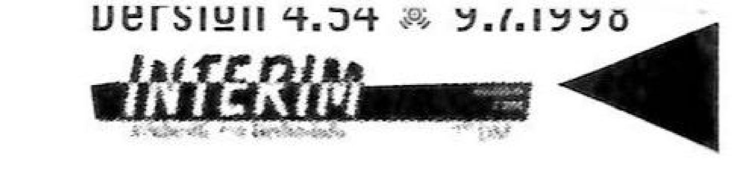
2,50 DM

auswärts 3DM



Deutschland trauert:

Aus nach großem Kampf!



Donnerstag, 9.7.

Der neue AK Kraak 17, jetzt neu mit Protesten gegen WTO, Schönbohm in New York, Innenstadtaktion in Berlin, Intersexualität, Antifa und Busfahren und vieles mehr.
im EX, Gneisenaustraße 2a, um 21 Uhr

Video über das widerständische Kubat-Dreieck im Jahre 1988 n.Chr., 20 Uhr im El Locco, Kreuzbergstraße 43

„Zurück in die Zukunft", Love-Parade chill-in in der h-bar, Lychener Straße 60, Prenzlauer Berg

Freitag, 10.7.

„USK-Polizeisondereinheiten gegen soziale Bewegungen" im Infoladen Baobab, Christburger Straße 3, Prenzlauer Berg

Hamburg: Die gruppe demontage lädt zur Buch-Release-Party ein. Ab 21 Uhr in der Ludwigstraße 8, S-Bhf Sternschanze

Hamburg: „Adorno und die Goldhagen-Debatte". Veranstaltung der MASCH-Hamburg mit Clemens Nachtmann um 19 Uhr im Pferdestall, Allendeplatz 1, 1.Stock, Raum 138

Samstag, 11.7.

Osnabrück: Demo „Gegen Abschiebung von Flüchtlingen- gegen Ausgrenzung und Sicherheitsstaat. Treffpunkt 11.30 Uhr am Hauptbahnhof

Sonntag, 12.7.

ab 18 Uhr FrauenLesben Tag im EX

Diskussion um die Interim-Sondernummer „Wo ist Behle?" um Bewegung, Militanz, Kampagne. 18 Uhr im Blauen Salon im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a

Dienstag, 14.7.

Mc-Donald plättet die bayerische Gastronomie - eine antinationale Kritik an bisherigen MAI-Kampagne. Organisiert von der Gruppe Venceremos und unterstützt von Internationalismus-Referat der HU und der MAI-AG-Berlin, um 19.30 Uhr im EX

Mittwoch, 15.7.

1.Vorbereitungstreffen zum WWG/EU-Gipfel Köln 1999 für Berliner Gruppen um 19.30 Uhr im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Freitag, 17.7.

Sommerloch-Kneipe im Bandito Rosso, Lottumstraße 10a

Samstag, 18.7.

ab 22 Uhr Ghettoblast-Konzert und Party (Soli für die Verhafteten vom 1. Mai-Wochenende) im EX

Interpressum

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
V.i.S.d.P. CHarlotte Schulz

Montag, 20.7.

Eine Insel der Freiheit im Roten Meer (Film über den Reagan-Besuch 1982 in Berlin) um 20 Uhr im Bandito Rosso, Lottumstraße 10a

Freitag, 24.7.

Obrigheim: unter dem Motto „Kein Zwischenlager am AKW Obrigheim" findet vom 24. bis 26.7. ein Anti-AKW-Camp statt. Mit vielen Aktionen, Vorträgen und Demos. Infos: Anti-AKW/Castor-Gruppe, EWZ, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg

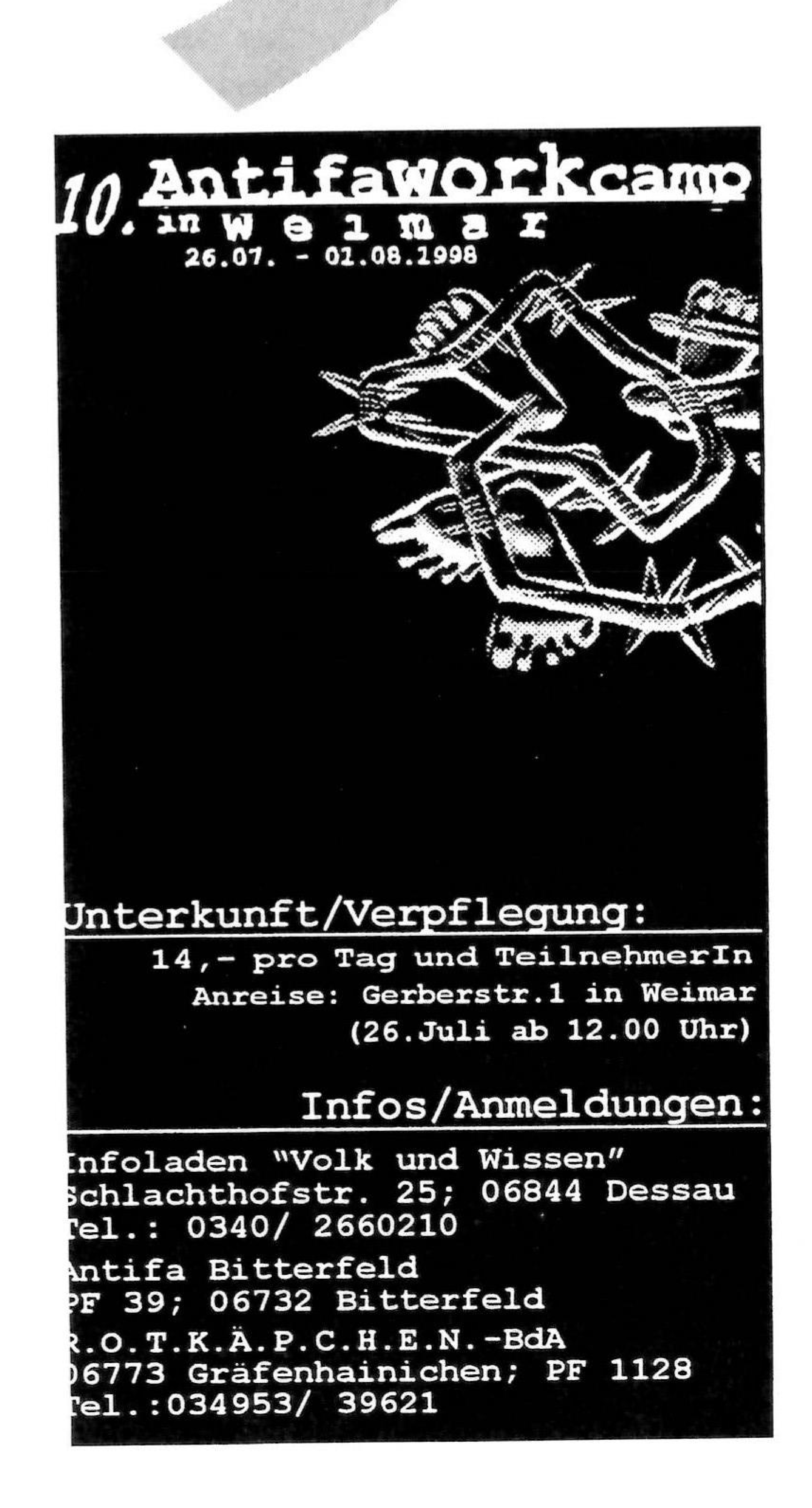
Sonntag, 26.7.

10. Antifaworkkamp in Weimar vom 26.7. bis 1.08. Infos: Infoladen „Volk und Wissen" (Tel 0340/ 266 0210) oder Antifa Bitterfeld, Rotkäpchen (Tel 034953/ 39621)

weitere AK Kraak-Videovorstellungen:
10.7., 21 Uhr, Adalbertstr.32
10.7., 21 Uhr Syndikat
10. 7., 21 Uhr El Locco
12.7., 22 Uhr Supermolli
13.7., 20 Uhr Fehreg
14.7., 21 Uhr Veranstaltungsetage Größenwahn, Kinzigstraße 9
15.7., 22 Uhr Kellerkino
16.7., H-Bar Lychi 60
16.7., 21 Uhr XB
17.7., 21.30 York 59 (Vokü 19 Uhr)
19.7., 21 Uhr Anschlag
21.7., 21 Uhr Schröderstr./Ecke Bergstr.
22.7., 22 Uhr Kellerkino
23.7., 21 Uhr Schreinercafe
23.7., 19 Uhr Schrein (Kretziger)
24.7., 21 Uhr Schliemannstr.40
29.7., 22 Uhr Kellerkino
3.8., 20 Uhr Acud
5.8., 22 Uhr Kellerkino

Ordner:

- Bremer Anti-Atom-Forum zu Castor
- Lokale Agenda Kreuzberg (für Sept.)
- Weiteres McDonald's-Flugie
- Kommunistischer Aufbau Wolfsburg
- Weiteres Flugie zu Solinger Kampfsportschule





meldungen

Anarcho-News per E-Mail

A-Infos ist ein mehrsprachiger Nachrichtenservice, der Nachrichten aus anarchistischen und anderen radikalen Quellen verbreitet. Im Kampf für eine freie, klassenlose und menschliche Gesellschaft verbreiten sie Artikel aus Bereichen wie Arbeiterkämpfe, regionale Kämpfe und anti-imperialistische Kämpfe und Kämpfe gegen Rassismus, Faschismus, Sexismus und gegen Schwulen-und Behindetrenfeindlichkeit. Jede(r), der mails aus dem Internet erhalten kann, kann den Service nutzen. Um die Nachrichten zu erhalten, schickt eine mail an majordomo@tao.ca. Wenn Ihr subscribe a-infos im Textfeld angebt, dann bekommt Ihr täglich alle Nachrichten, die an a-infos geschickt wurden. Bei subscribe-a-infos24 bekommt Ihr alle Nachrichten in einer großen mail alle 24 Stunden. Bei subscribe-a-infozine bekomt man alle Nachrichten im Block immer dann, wenn 22kb überschritten werden. Weitere Hinweise gibt es unter: http://www.tao.ca/ainfos

Erneuter Anwerbeversuch des VS in Hamburg :

„Wir müssen uns einmal über ihre Freizeitbeschäftigung unterhalten... !"

Am Montag, den 20. April 1998 wurde eine Person aus antifaschistischen Zusammenhängen von einem Beamten des VS auf einem S-Bahnhof angesprochen.
Aus dem Gedächtnisprotokoll :
„An der Rolltreppe des S-Bahnhofes trat ein Mann auf mich zu und fragte, ob ich mich in der Umgebung auskenne. Noch bevor ich das richtig bestätigen konnte, hatte er schon seinen Arm um meine Schulter gelegt, mich mit meinen vollen Namen angeredet und mit der Aufforderung konfrontiert, uns doch einmal über meine Freizeitaktivitäten zu unterhalten. Ich ging schnurstracks weiter, er stiefelte hinterher, zog seinen Ausweis und stellte sich als Mitarbeiter der Innenbehörde, Abteilung Verfassungsschutz, vor. Ich blockte wiederum ab und ging weiter. Er wollte trotzdem nicht ablassen und hakte penetrant mit Fragen wie „... wollen wir uns direkt hier unterhalten?', „...oder in der Bahn?' , „...ja ansonsten morgen bei Ihnen Zuhause?' nach. Als auch das nichts nutzte und ich im Begriff war den Bahnhof wieder zu verlassen, blieb ihm nichts anderes übrig, als lapidar zu bemerken, daß das wohl typisch für die Politischen sei, sich immer vor der „Diskussion" drücken zu wollen. Er benutzte daraufhin sein Handy, wohl um seinen KollegInnen mitzuteilen, daß dieser Versuch gescheitert war !"
Der VS hat sich bis heute bei dem Betroffenen nicht wieder gemeldet.

Was will der VS ?

Während Politbullen in der Regel darauf aus sind, konkrete Informationen über Zusammensetzung und Aktionen unserer Zusammenhänge zu kriegen, um aus ihnen Konstrukte bilden zu können, die sie gegen uns verwenden wollen, verfolgt der VS vornehmlich das Ziel, einen detaillierten Gesamtüberblick über den linken Widerstand zu bekommen. Er soll durch seine Analysen und Prognosen dazu beitragen, die geeignetsten Mittel des Repressionsapparates zur Sicherung des herrschenden Verhältnisse herauszufinden. Auf der Grundlage der Erkenntnisse des VS entscheiden die StrategInnen der „inneren Sicherheit", ob versucht werden soll, den Widerstand entweder durch Kampagnen, Integration, Spaltung oder Zerschlagung zu brechen.
So kümmert sich der VS nicht um die Errichtung irgendwelcher personenbezogener Straftatkonstrukte, sondern vielmehr um die politische Arbeit, die von unseren Zusammenhängen gemacht wird. Er ist dabei ständig bemüht, diese Arbeit zu bewerten und vorauszusehen, inwieweit sie die herrschende Ordnung gefährden könnte. Dafür erhält es der VS für notwendig, alle möglichen Interna, Diskussionen und Funktionen von Leuten aufzuzeichnen und nachvollziehen zu können.
Natürlich gibt es aber trotz der unterschiedlichen Aufgaben einen regen Informationsaustausch zwischen Bullen und VS und über das gesetzlich erlaubte hinaus auch eine informelle Koordination und enge Zusammenarbeit wenn es um ein gemeinsames Ziel geht, bspw. die Kriminalisierung eines bestimmten Zusammenhanges oder Projektes.

Der VS bedient sich verschiedener Arbeitsweisen, beispielsweise:

- Auswerten von öffentlich zugänglichen Quellen wie Flugblättern, Broschüren, Zeitschriften und Veranstaltungen
- Informationsbeschaffung bei (dazu verpflichteten) staatlichen Institutionen wie Uni, Schule, Amt usw.

aber auch Anfragen bei ArbeitgeberInnen, Familie, Freunden und Bekannten
Einsatz von Spitzeln bzw. Under-Cover-BeamtInnen

. und den Anwerbeversuchen

Der VS versucht kontinuierlich InformantInnen durch das Anwerben von Leuten aus unseren Zusammenhängen zu gewinnen.
Der VS sucht sich die Leute, der er ansprechen will, genau aus und bringt im vorwege einiges über sie in Erfahrung. So kann er die Umstände und die Taktik des Anwerbeversuches genau auf die Person anpassen, Ort und Zeit bestimmen und den Verlauf vorausplanen. Der Überraschungseffekt im Moment der Kontaktaufnahme ist für Dich um so größer. Meist wirst Du in einer scheinbar x-beliebigen Situation auf der Straße angesprochen, aber auch Hausbesuche und seltener Telefonanrufe oder Briefe gehören zu ihrem Programm.
Die Gesprächsstrategie ähnelt dabei der Verhörtaktik der Bullen. Zum einen versuchen sie Dich verschiedenartig unter Druck zu setzen. Sie nennen beispielsweise anstehende Verfahren, interne Erkenntnisse über Dich und Deine Umgebung oder andere Umstände, von denen sie meinen, daß sich Dich erpreßbar machen. Dabei können sie drohend, scheinbar bestechlich oder handgreiflich werden.
Zum anderen sind sie darauf aus das Gespräch durch vermeintlich belanglose Themen und einfache, plumpe oder lächerliche Fragen aufrechtzuerhalten. Sie reden über Hobbies, Arbeit und Privates, vermeiden Reizwörter, benutzen Szenevokabular. Dabei versuchen sie immer wieder auf die für sie interessanten Bereiche zu lenken, stellen hier weniger Fragen, sondern treffen Feststellungen, wollen mit Dir ein gegenseitiges „Zweckbündnis" eingehen und stellen andauernd rhetorische Fallen. Je länger dieses Gespräch dauert desto mehr Informationen kriegen sie aus Dir heraus. Sie sind geschult und können aus eigentlich bedenkenslosen Äußerungen oder plötzlichen Schweigen, minimalen körperlichen Reaktionen, Mimik und Gestik bereits Erkenntnisse gewinnen, die sie auch verwerten können. Deine Konsequenz sollte deshalb nur eine sein:

... Maul halten

und den Kontakt sofort abbrechen. Es ist ein grundsätzlicher Fehler sich auf Gespräche mit dem VS einzulassen. Es wird kaum möglich sein, irgend etwas Interessantes aus diesen Leuten herauszubekommen und wenn, nur unter Preisgabe viel gewichtigerer Sachen für sie. Wir sollten diese Anquatschversuche genauso bewerten wie Angriffe von Bullen und Justiz. Durch ihre Arbeit als Teil des Repressionsapparates beteiligen sie sich an der Kriminalisierung und Zerschlagung linken Widerstandes. Zumal die Anquatschversuche aktiv dabei mitwirken sollen, Leute zu lähmen, einzuschüchtern und mit Repression zu bedrohen.
Das einzig richtige Verhalten diesen geheimdienstlichen Tätigkeiten entgegenzutreten, ist die Öffentlichkeit zu suchen. Rede mit vertrauten Leuten darüber, fertige ein Gedächtnisprotokoll an und überlege Dir gemeinsam mit anderen diesen Versuch zu veröffentlichen. Informiere Gruppen, die inhaltlich dazu arbeiten (Rote Hilfe, Ermittlungsausschuß u.a.).

Der Verfassungsschutz ist ein staatliches Instrument, daß den Repressionsorganen zuarbeitet und allein aus diesem Grund kein Gesprächspartner für uns !

Solidarität mit den Betroffenen !

Macht Anwerbeversuche öffentlich !

Keinerlei Zusammenarbeit mit VS und Bullen !

Die Betroffenen
& Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg

Rote Hilfe e.V. – OG Hamburg
c/o Schwarzmarkt ; Kl. Schäferkamp 46; 20357 HH

meldungen

Keine DVU-Busfahrt in Bremen

Am 20.06 gegen 17 Uhr haben am Bremer Hauptbahnhof Antifas versucht, eine Busfahrt von Rechtsradikalen zu einer zentralen Sonnwendfeier verschiedener DVU-Landesverbände zu verhindern. Die 90 Antifas wollten durch eine Blockade des Busses, durch das Verteilen von Flugblättern und Aufstellen von Transparenten die Abfahrt be- bzw. verhindern. Der Bus wurde wie schon öfters in der Vergangenheit vom Busunternehmen „von Rahden" gestellt. Durch die Blockade wurde die Abfahrt erheblich verzögert . Im Verlauf der Demo gab es mehrere Verletzte und einen Schwerverletzen durch die Explosion eines Busreifens. Insgesamt belief sich die Zahl der Festgenommenen auf 29, die zwischen sechs und acht Stunden in Polizeigewahrsam verbringen mußten. Im nachhinein versuchte die Polizei den Demo-TeilnehmerInnen Unwahrheiten in die Schuhe zu schieben, wie z.B. das Mitführen von Benzinkanistern.

Gelöbnis-Nachschlag

Mit dem "öffentlichen" Gelöbnis in Berlin am 10.6.98 wollte Rühe neue deutsche Normalität demonstrieren; dieses Unterfangen scheiterte sozusagen daran, daß der Veranstalter die Öffentlichkeit aus Angst vor Störungen vor einem martialischen (in Berlin allerdings eher gewöhnlichem) Polizeiaufgebot verwahrte. An dieser öffentlich zelebrierten Paranoia, die selbst bürgerliche Kommentatoren als überzogen empfanden, liegt denn auch der eigentliche "Erfolg" des Gelöbnix-Bündnisses und die Peinlichkeit der Gelöbnis-Befürworter, so daß selbst die Polizeiführung kleinlaut zugab, daß das Aufgebot vielleicht doch etwas überdimensioniert war; aber man habe ja auch mit einer massiveren Mobilisierung der Gegner gerechnet. Einige der Gegner selbst sahen das wohl auch so, was die Mobilisierungsphantasien einiger Mobilisierender im Vorfeld angeht.

Nichts ist so erotisch, wie Erfolg...

...und deshalb will ja auch niemand Verlierer sein, die sind in Leistungsgesellschaften bekanntlich unattraktiv. Am 10.6. hatten alle Beteiligten Erfolg: Die Gelöbnis-Protagonisten, weil es gelang selbiges fast ohne Störungen über die Bühne zu bringen, die GegenerInnen weil eben nur fast, die Polizei, weil alles fest im Griff; und so völlig störungsfrei, naja das ist in einer »weltoffenen Metropole« wie Berlin eben nicht zu haben. Immer wieder verblüffend, die Weltgewandheit der Berliner Polizei, zumindest in ihren Presseerklärungen.

In der Realität benahmen sie sich so, wie mensch es von ihnen erwartet: Auf den OLG-Beschluß mit der Lizenz-zum-Stören für die GegenerInnen mit dem Arsch draufgesetzt, Ein gutes Dutzend DemonstrantInnen verprügelt, den Generator zerstört (ca 12000,- Sachschaden) und die Hauptstadtruhe wiederhergestellt. So einfach ist das.

Basisbanalitäten

An der Demonstration von der Humboldt-Uni zum Gelöbnix-Fest in der Spandauer Straße beteiligten sich ca 1500 Leute, an den ganzen Aktivitäten, Durchlauf inklusive, auf keinen Fall mehr als 2500 Leute. Das Fest-Publikum wurde ganz klar von der linksradikalen Demo gestellt, die Beteiligung blieb also hinter den optimistischen Erwartungen von Teilen des Bündnisses zurück. Insbesondere die imaginierte Wiedererweckung der deutschen(!) Friedensbewegung in ihrer ganzen Schärfe und Schönheit blieb zum Glück aus. Die Mehrheit der Anwesenden waren eher jung (oder so), und kamen aus der "irgendwie" Szene, eben genau wie bei den meisten Antifa-, 1.Mai und sonstigen Demonstrationsverwandten "events".

Grünen-Nachschläge



Schmerzhafte Bündniskompromisse, wie in diesem Falle das Redenlassen von Parteirednern in Wahlkampfzeiten zeitigen mitunter interessante Ergebnisse, so amüsierten uns denn die Grünen mit einem ihrer schon legendären internen Parteikräche, weil ihr Sprecher Trittin auf der Demo genau das tat, wofür Sprecher bekanntlich da sind: Sprechen. Und in diesem Falle -ungewöhnlich für den Berufsstand eines Parteisprechers- nicht nur Unsinn. Die völlig überzogenen Reaktionen auf eine Rede bürgerlich-liberalen Inhaltes mit so banalen Feststellungen wie z.B., daß öffentliche Gelöbnisse in der BRD einer nichtdemokratischen Phase entstammen, sagen einiges über die derzeitigen deutschen Zustände auch bei den regierungsgeilen Grünen. Mit großer Spannung erwarten wir die Grünen Positionierungen in der Entsende-Gesetz Debatte die uns spätestens nach der Bundestagswahl ins Haus steht.

Das Bündnis



Generell stellt sich natürlich die Frage inwieweit solche breiten Bündnisse zu Fragen wie Militarisierung der Gesellschaft überhaupt noch über grobe technische Absprachen hinaus Sinn machen. Es hat sich gezeigt, daß gerade auch in der antimilitaristischen Szenerie momentan breite Bündnisse ohne den Preis der abso-

luten inhaltlichen Verwässerung nicht aufrechtzuerhalten sind.

Wir haben uns trotzdem dazu entschlossen an der inhaltlichen Vorbereitung teilzunehmen um der sich abzeichnenden rein formalen Kritik am Militarismus und der daraus resultierenden "besseren Deutschland" Rhetorik etwas entgegenzusetzen . Da es aber schwer war, diese Kritik in den Bündnisaufrufen zu verankern, wir aber RednerInnen auf dem Fest stellen konnten, haben wir Elsässer als anti-verfassungspatriotische Provokation dagegengesetzt, was schon in der Vorbereitungsrunde für ergötzliche Verärgerung sorgte.

Auch auf der Kundgebung zeitigte die »Provokation« verblüffende Ergebnisse: während sich J. Trittin mit platter Anti-Bullen Rhetorik zum Einpeitscher der zuhörenden Massen machte, mußte sich J.Elsässer für seinen humorigen Angriff auf den Wiedervereinigungsnationalismus auspfeifen lassen.

Als Fazit bleibt nochmal deutlich in Richtung einiger BündnispartnerInnen zu sagen: es gibt momentan keine breite Basis, die zu antimilitaristischen Straßenfesten mobilisierbar ist. Ein Gelöbnis in der Öffentlichkeit stellt zwar ein "Thema" dar, aber es reicht den meisten Leuten offenbar aus, dieses "Thema" in der Presse mitzuverfolgen. Das scheint insbesondere für die vielbeschworene PDS und Grünen-Basis zu gelten, und ist eigentlich auch keine sehr neue Erkenntnis. Insbesondere für die Grünen-Basis trifft die Charakterisierung des gutsituierten Bürgertums, das hier vor allem Modernisierungselite darstellt, und sich politisch bestenfalls noch um den Castor in ihren Vorgarten kümmert, jedenfalls ziemlich genau zu.

Zur Demo

Krawalle: Autos in Flammen, Steine, Blut

Der Demo-Aufruf ging um einiges weiter, und griff auch Teile des Bündnisses in der Mobilisierungsphase bereits an. Wie sich zeigte, hat bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen die Radikalität eines Aufrufs nicht unbedingt etwas mit der Quantität der DemonstrationsteilnehmerInnen zu tun. Vielleicht liest aber mittlerweile auch sowieso kein Schwein mehr irgendwelche Aufrufe, und mensch geht zur Demo, weil sie halt stattfindet. Das nicht gerade originelle Aktionsmittel der angemeldeten Demo kam auch relativ spät ins Spiel, sie sollte ein klarer Kontrapunkt zum "Friedensfest" mit seiner reduzierten zivilgesellschaftlichen Kritik sein.

Die extrem kurze Route der Demo entstand aus dem Gedanken, daß andere Aktionsformen (Ja Stören!) durch die Demo nicht zu kurz kommen sollten. Nachdem klar war, daß ein massenhaftes Einsickern nicht möglich sein würde, wäre eine längere Demonstration durch die preußischen Innereien der östlichen Innenstadt durchaus sinnvoll gewesen.

So far, never mind... Deutschland pulverisieren!



Antinatogruppe Juli/98

c/o Papiertiger, Cuvrystraße 25
10997 Berlin

meldungen

Männerbünde in Frankfurt verhindern

Am 4. Oktober wollen reaktionäre und faschistische Burschenschaften in der Paulskirche in Frankfurt am Main einen Festakt begehen. Anlaß ist der 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49. Bisher sieht es ganz so aus, als würde die Stadt Frankfurt dem rechten Spektakel zustimmen.

"Party" in Lens



Ausgerechnet die in Hannover erscheinende und zum konservativen Monopol-Verlagshaus gehörende "Neue Presse" berichtete am 26.6. erstmals Brauchbares zu den Krawallen deutscher Hooligans im französischem Lens.

Die Tage zuvor waren die Bilder des schwerverletzten Polizisten, flankiert von hinlänglich bekannten Worthülsen, durch den Medienwald gerauscht. Kostprobe Bundestrainer Berti: "Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten gegen Jugoslawien verloren, dafür aber wäre der Polizeibeamte noch gesund." Unschwer zu erraten, von wem Folgendes stammt: "...hier muß schnell und knallhart bestraft werden." - Richtig, Manfred Kanther. Die "Hannoversche Allgemeine" stößt ins gleiche Horn, allerdings mit noch mehr Schaum vorm Maul, - stammen die Beschuldigten doch aus der niedersächsischen Landeshauptstadt und schaden somit nicht nur dem so oft bemühten "deutschen Ansehen in der Welt", sondern auch dem der zukünftigen EXPO- Stadt Hannover. Fehlen darf im selben Leitkommentar selbstverständlich nicht die alte rechts = links - Leier. "Bilder von kahlgeschorenen Schädeln, von maskierten Steinewerfern aus der autonomen Szene und brutale Neonazis haben langst keinen Seltenheitswert mehr. Wir haben begonnen, diese Pest als etwas fast schon Normales hinzunehmen." Dagegen wirkt die niedersächsische Sozialministerin Merk (SPD) fast sympathisch sachlich, redet allerdings genauso baren Unfug, wenn sie ein "Anti- Agressions- Training" für alle mitgereisten hannoverschen Hooligans fordern.

Diese Statements decken im Groben die Palette der offiziellen Verlautbarungen ab, die uns zur Genüge bekannt sind als Reaktionen auf rassistische Pogrome, - falls sie denn "schwerwiegend" genug waren. Denn: Wen kümmert schon noch ein schwerverletzter Asylsuchender, Obdachloser, Antifa oder Punk? Das ist kaum eine Randnotiz wert. In dem Zusammenhang jetzt in das Geheule um einen französischen Spezialkommando- Polizisten einzusteigen, der Teil einer Streitmacht ist, unter der in Frankreich besonders ImmigrantInnen zu leiden haben, sollte uns abgehen.

Interessanter sind da schon die Ansätze des konservativen "Le Figaro": "Die deutschen Rohlinge, die am Sonntag Lens terrorisierten und einen Gendarmen schwer verletzt haben, sind die Erben einer in der Minderheit befindlichen, aber trotzdem tolerierten Neonazi- Ideologie."

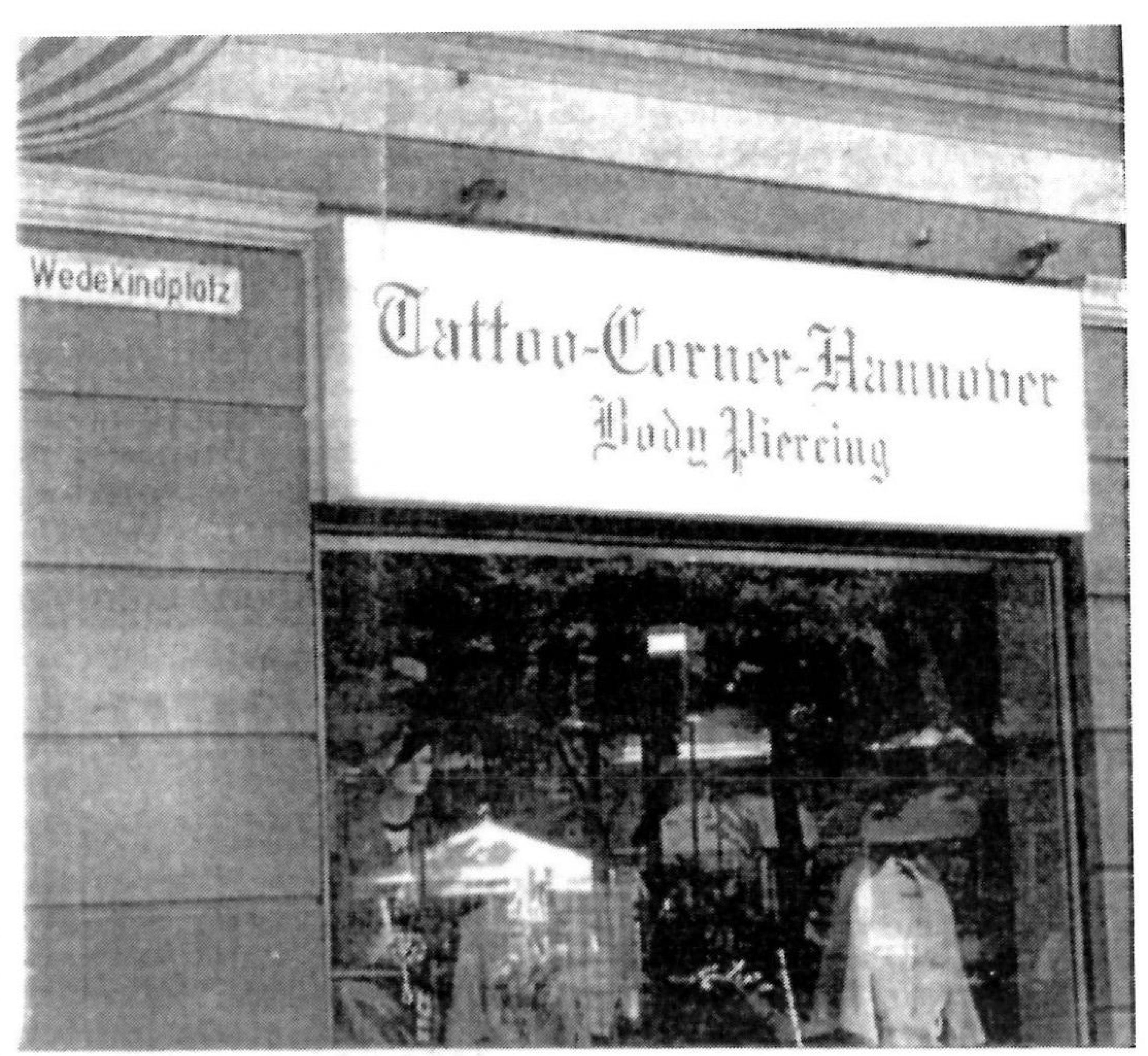
Interessant auch der Ansatz, dem hauptverdächtigten Hool Markus Warneke, der Mitinhaber eines hannoverschen Tatoo-Studios ist, die Fensterscheibe seines Ladens einzuwerfen. So geschehen einen Tag nach dem Krawall in Lens.

Nach vier Tagen mit seitenlangen sogenannten Hintergrundberichten in den Tageszeitungen folgte in der "Neuen Presse" der eingangs erwähnte Artikel, in dem ein Informant aus der "echten (ohne r) Hooligan- Szene" die Kreise um den Hauptbeschuldigten Warneke detailliert beleuchtet. Demnach ist Warneke nicht nur Mitglied der im Rotlichtmilieu ansässigen Rockergruppe "bones", was bereits bekannt war, sondern auch einer rechtsextremen Hooligan- Clique. Bei Auswärtsspielen von Hannover 96 wurde u.a. in T- Shirts mit rechten Parolen Jagd auf Farbige gemacht. Prügeleien mit ImmigrantInnen in von Neonazis gern besuchten Discos gehörten ebenso zum Programm.

Organisiert wurde die Fahrt in einem vollbesetzten Reisebus von Hannover nach Lens von Jörg D., einem Freund Warnekes. Jörg D., bezeichnenderweise von seinen Kumpels "Hoyerswerda" genannt, betreibt einen "Fanartikel"- Laden in Hannover Vahrenwald. "Der hat die Reichskriegsflagge und Heß- Bilder in seiner Wohnung hängen", berichtet der Informant der "NP". Desweiteren ist die Neonazi-Szene bei den Spielen von Hannover 96 größer geworden, verstarkt von einer Gruppe Hooligans, die sich z.T. an Naziaufmärschen beteiligten. Warneke, Jörg D. und andere auf Pressefotos aus Lens identifizierte Hooligans sind eindeutig Neonazis oder aber mit deren Szene seit Jahren eng verwoben, so das Fazit.

Festzuhalten bleibt, daß die rechte Subkultur in den Bereichen Fußball und Musik auf dem Vormarsch ist. Nicht nur in Hannover gelingt es, rechte Weltanschauung durch Gemischtwarenläden, deren Palette von Fanartikeln über Nazidevotionalien und Rechtsrock- CD's bis hin zu faschistischen Tätowierungen reicht, an zunächst mal "unpolitische" Jugendgruppen weiterzugeben. Der Markt für teure Markenartikel, die das rechte Lebensgefühl bedienen, boomt. Zum Beispiel verdienen Läden, die Markenklamotten von Pit Bull (Frankfurt) oder Troublemaker (Nürnberg) verkaufen, ihr Geld kaum vom Kern der örtlichen Naziszene, sondern von rechts angehauchten Jugendlichen, Hools und Fußballfans, die solche Produkte auch oftmals nirgends woanders bekommen. Durch die Funktion dieser Läden als Freizeittreff und Infobörse wird das rechte Umfeld schnell größer. In der Folge werden sowohl ein eher kulturell geprägter rechter dumpf- Lifestyle, als auch das weltanschauliche Elite- Bewußtsein eines Nachwuchs- Kaders verstärkt. Abhängig ist dies sicher auch von den Laden- Besitzern. Während die hannoverschen Läden, soweit bekannt, nicht von im klassischen Sinn organisierten Nazis betrieben werden, machen in anderen Städten altbekannte Nazi- Funktionäre Kasse.

Eingerahmt ist dieser bundesweite Trend von der viel diskutierten gesellschaftlichen Rechtsentwicklung. Was den Bereich Fußball angeht, läßt sich dies leicht und mit Gänsehaut nachvollziehen, wenn Tausende Deutsche in französischen Stadien begeistert "steht auf, wenn ihr Deutsche seid" oder "Sieg", mit oder ohne "Heil", skandieren. Wen überrascht es, wenn rechte brutale Jung- Männer der Ansicht sind, daß sie „nur" die Vollstrecker des „deutschen Volkswillens" sind (und genau das machen, was viele andere sich nur nicht trauen)?



In diesem Tattoo-Studio am Wedekindplatz führt Markus W. die Geschäfte.

Nachzutragen bleibt, daß nicht nur das Tatoo- Studio von Warneke und der "Fanartikel"- Laden von Jörg D., sondern auch der "bones"- Treff im Steintorviertel stark unter öffentlichem Druck stehen und z.T. vorübergehend geschlossen wurden. Ihre Verunsicherung stieg sicherlich noch durch die fast zwanghafte Plauder- Freudigkeit in den eigenen Reihen, deren Ergebnisse dann in der „NP" nachzulesen waren.

Für die Linke heißt das nicht zuletzt, eigenen Klatsch und Tratsch zu kontrollieren und abzustellen, damit in vergleichbaren unter- Druck- Situationen nicht ähnliches passiert. Ansonsten gilt es die derzeitige öffentliche Sensibilität für das Thema zu nutzen: Am Ball bleiben.

Nix mehr Hehl's World

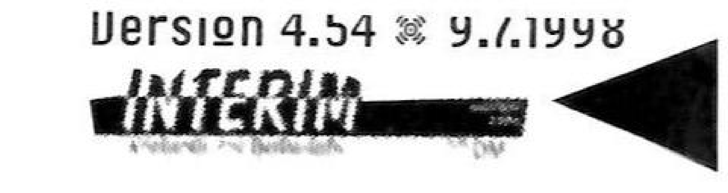
taz 15.5.1998 - Der Nazi-Laden »Hehls-World« vom fettesten Nazi-Kader Deutschlands, Christian Hehl, ist nicht mehr. Der Laden war zum Anlaufpunkt für Nazis aus der Region geworden (siehe AIB #43) und hatte alles im Angebot, was das Nazi-Herz begehrte. Nach zahlreichen antifaschistischen Protesten und Aktionen entzog die Stadt Ludwigshafen Christian Hehl die Konzession für seinen Laden. Die Stadt begründete den Konzessionsentzug nach Gewerberecht damit, daß Hehl »*aufgrund des Gesamteindrucks seines Verhaltens nicht die Gewähr dafür bietet, sein Gewerbe künftig ordnungsgemäß zu betreiben*«. Bei einer Hausdurchsuchung hatte die Polizei bei Hehl »Werbematerial mit gewaltverherrlichenden Aufdrucken« sichergestellt. Daraufhin war ihm von der Vermieterin gekündigt worden.

meldungen

Spaziergang gegen Castor

Im nächsten Jahr soll es einen Castor-Transport von drei bis vier Behältern vom stillgelegten Atomkraftwerk Rheinsberg in das neue Zwischenlager Greifswald geben. Um den Widerstand anzukündigen beteiligt sich das Anti-Atom-Plenum Berlin an den monatlichen Spaziergängen in Rheinberg. Der dritte Sonntagsspaziergang am 21. Juni blieb von der örtlichen rechten Szene im Gegensatz zu den letzten beiden Malen ungestört. Mit ca. 50 Leuten war der Spaziergang ziemlich schlecht besucht. Die Spaziergänge sind quasi das Aufwärmprogramm für den Widerstand zum Castortransport. Nächster Spaziergang in Rheinsberg am 19.7. um 14 Uhr am Bahnhof. Abfahrt in Berlin-Lichtenberg um 12:18 Uhr.

Kontakt: Anti-Atom-Plenum Berlin, dienstags ab 19 Uhr in der Adalbertstraße 6 oder unter Tel 030-2616252.



Offener Brief an den Wuppertaler Polizeipräsidenten Köhler

Einige öffentliche Nachfragen zum Einsatz des V-Manns Bernd Schmitt in Solingen 1993 - Kleine außerpalamentarische Anfrage an den Landtag von NRW

Wir wollen anläßlich des 5. Jahrestages des mörderischen Brandanschlages in Solingen unsere Anklage gegen die staatlichen Behörden erneuern und mit einigen konkreten Nachfragen präzisieren.
Der staatliche Beitrag zum „schrecklichsten Verbrechen der Nachkriegszeit", die staatliche Installierung einer kompletten Neonazinfrastruktur soll auch 5 Jahre später unter den Aktendeckeln der Geheimdienste und der Wuppertaler Polizei versteckt bleiben.
Wir fordern den verantwortlichen Polizeipräsidenten Köhler auf, endlich das Schweigen zu brechen und Licht auf die ungeheuerliche polizeiliche Zusammenarbeit und Duldung neonazistischer Strukturen in Solingen zu lassen. Vor wenigen Tagen begann der Zivilprozeß der Solinger Überlebenden vor dem Landgericht in Wuppertal. Nutzen Sie die Zeit bis zum Ende des Prozesses, endlich die schweren polizeilichen Fehler einzuräumen, endlich den Angehörigen zu sagen, warum eine Polizeibehörde eine hochorganisierte Nazistruktur duldet und mitaufbaut, warum die Neonaziszene in Solingen einen staatliche garantierten Ruheraum bekam und damit rechten Jugendlichen eine Art braunes Jugendzentrum zur Verfügung gestellt wurde.
Antifaschistische Gruppen, linke Parteien und Hochschulgruppen haben vor zwei Jahren bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Düsseldorf Strafanzeige gegen die Beamten des Wuppertaler Statsschutzes gestellt, die mit dem Aufbau der Kampfsportschule Hak Pao in Solingen beauftragt waren. Die Anzeige sollte ein Signal an die Staatsschützer in Wuppertal sein, von sich aus endlich das Schweigen zu brechen. Und die Anzeige sollte dem ehemaligen Leiter des Staatsschutzes Wuppertal,und jetzigem Landtagsabgeordneten der SPD, Hans Peter Meinecke deutlich machen, das seine politische Karriere immer mit den Ereignissen in Solingen verbunden sein wird. Und das wir seine öffentliche Aussage vor der SPD Fraktion in Remscheid ," er wäre als Leiter des Wuppertaler Staatsschutzes in Wuppertal gar nicht mit "Solingen" befasst gewesen, für nicht glaubwürdig halten. Wir haben seit der offiziellen Enttarnung von Bernd Schmitt Ende Mai 94 ständig auf Aufklärung gepocht. Sowohl beim Hearing der Grünen im Landtag zum Thema "Solingen:Verfassungsschutz außer Kontrolle?" als auch bei den Vernehmungen Bernd Schmitts vor dem OLG Düsseldorf waren wir mit unseren Informationen und Transparenten dabei.
Es ist schwer zu sagen, ob der Staatsschutz in der Bewertung dieser gefährlichen Nazistruktur zu dumm, unverantwortlich oder dilletantisch war oder ob es rechtsradikale Strukturen in der Polizei gibt, die vergleichbar mit den braunen Zellen in der österreichischen Polizei sind. Fakt ist jedenfalls, sie haben zugeschaut und nicht eingegriffen. Um dies letztendlich zuklären, bedürfte es einer Staatsanwaltschaft, die ein Interesse an einer Klärung hätte, polizeilichen Zeugen aus dem Staatsschutz selbst, die den Mut haben, Licht in das Dunkel zu bringen. Die Überlebenden und türkischen Menschen in Deutschland haben ein Anspruch auf Wahrheit.

Polizeipräsident Köhler, beantworten Sie endlich folgende Fragen:

- Welche Beamten waren für die Observationen und für die Kontaktaufnahme mit Bernd Schmitt zuständig.?
Sind diese Beamten in den letzten Jahren in den Verdacht geraten, mit neonazistischen Gruppen oder rechtsradikalen Parteien zu sympathisieren?
- Warum ist der Staatschützer Hauptkommissar Wolfgang Wojciech, aus dem Polizeidienst entfernt worden und arbeitet jetzt in einer Fabrik in Wuppertal? Was sind die Gründe für seine Entlassung und stehen sie in Zusammenhang mit dem Tatkomplex Solingen?
- Warum fällt der VS-Agent Bernd Schmitt nicht unter das Zeugenschutzprogramm. Gilt er als V-Mann des VS nicht als gefährdet? Ist Bernd Schmitt, der nach den Aussagen des VS umfangreiche unbd brisante Mitteilungen aus der organisierten Neonaziszene geliefert haben soll, nicht gefährdet?
- Kann es sein, daß Bernd Schmitt die Kontakte zu Wuppertaler Staatschutz und VS dazu genutzt hat, ungestört die Nazistrukturen aufzubauen und daß die Führungsetage der NF längst über das Doppelspiel des „nachrichtenehrlichen" Bernd Schmitt informiert war?
- Ist es richtig, daß Schmitt erneut in Solingen eine Kampfsportschule eröffnet hat.

- Sind den beiden Staatschützern Nachteile entstanden, die vor der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf zugegeben haben, das Hak Pao "zur Informationsgewinnung" vom VS aufgebaut worden ist.
- Sind den Beamten Nachteile entstanden, die dem „Spiegel" Informationen verkauft haben?
Ist es möglich, daß im Mai 1993, d.h. vor dem Brandanschlag in Solingen, die schützende Hand des Wuppertaler Staatschutzes über Bernd Schmitt soweit ging, daß Ermittlungsakten in Prozessen gegen Antifaschisten manipuliert wurden, damit die Anwesenheit von Bernd Schmitts Schutztruppe nicht bekannt wird? Sind diese polizeilichen Fälschungen mit der Staatsanwaltschaft in Wuppertal abgesprochen worden?

Die Morde von Solingen haben uns schmerzhaft gezeigt, was passieren kann, wenn sich Nazis ungestört entfalten können. Umso wichtiger ist es, die Verantwortlichen für das Geschehene nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Wir wollen am 23. Juni beim Zivilprozeß der Famile Genc noch einmal öffentlich unsere Forderungen nach uneingeschränkter Aufklärung der Ereignisse formulieren. Unterstützen Sie den Offenen Brief und die Strafanzeige mit ihrer Unterschrift. Die ungeheuerlichen Verstrickungen der staatlichen Organe in die Morde von Solingen dürfen nicht vergessen werden.

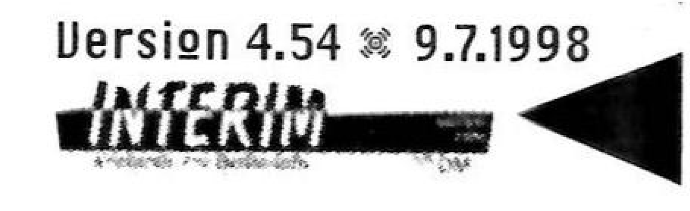
Rückmeldungen bis zum 20.Juni an die Antifaschistische Initiative Wuppertal c/o Infoladen Brunnenstr.41 42105 Wuppertal, Tel./Fax: 0202/311790

Strafanzeige gegen die Beamten des Wuppertaler Staatsschutzes

Mit dem Urteil im Solingen-Prozeß ist noch lange kein Schlußstrich unter die Affäre Bernd Schmitt gezogen. Die Verwicklung Wuppertaler Staatsschützer in Neonazistrukturen bedarf weiterhin der dringenden Aufklärung und Bestrafung der Verantwortlichen.
Nach den Aussagen zweier Wuppertaler Staatsschützer bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf müssen wir davon ausgehen, daß die Sicherheitsorgane in NRW: Wuppertaler Staatsschutz und Verfassungsschutz "zur Informationsgewinnung" eine funktionierende Nazistruktur in Solingen - Gräfrath mitaufgebaut und über die finanziellen Zuwendungen an Bernd Schmitt als bezahlter V-Mann des Verfassungschutzes mitfinanziert haben.

Die Gefahren für Leib und Leben - vor allem für Nicht-Deutsche, AusländerInnen und Flüchtlinge, die von diesen organisierten Nazistrukturen ausgehen, wurden billigend in Kauf genommen.
Genau dies darf eine polizeiliche Behörde wie der Staatsschutz im Gegensatz zu einem Geheimdienst nicht. Die Staatsschutzbeamten sind als Polizisten gemäß § 163 StPO dem Legalitätsprinzip verpflichtet. Sie sind vom Gesetz her verpflichtet "Straftaten zu erforschen." und einzuschreiten. Das ist im Falle der Kampfsportschule Hak Pao und dem DHKKV nicht geschehen.
Die unterzeichnenden Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen bitten daher die zuständige Staatsanwaltschaft um Prüfung, ob folgende Straftaten verwirklicht wurden:

1. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung bzw. kriminellen Vereinigung gemäß § 129 a bzw. 129 StGB.
2. Nichtanzeige geplanter Straftaten gemäß § 138 (2) StGB
3. Belohnung und Billigung von Straftaten gemäß § 140 (1) StGB
4. Begünstigung gemäß § 257 (1) StGB
5. Strafvereitelung im Amt gemäß § 258 a StGB.
6. Verstoß gegen das Vereinigungsverbot gemäß § 85 (2) StGB.
7. Beihilfe zur Volksverhetzung gemäß § 130 (1), (2) und (3).



Über autonome Filtersysteme

Einige macht Fridolin "Unglücklich", weil ihnen durch Fridolins "Filtersysteme" die eben erst wiederentdeckte Soziale Frage - und damit die gewünschte Volksnähe - abhanden kommt.

[1](Daß es im Sinne eines Abwehrkampfs gegen Rechts legitim ist - mit der unbedingt notwendigen antirassistischen Distanz - in die Soziale Frage zu intervenieren, soll hier nicht bestritten werden. Nur bewirkt das gerade nicht grundsätzliche emanzipatorische Veränderungen, wie einige immer noch glauben machen möchten)

Offensichtlich beziehen sich diese beiden Zitate[2] auf unsere Veranstaltung auf der Volksuni, die wir am 11. Juli um 18 Uhr 'fortsetzen' wollen.[3] Allerdings kommt uns die Soziale Frage durch Fridolins Filtersysteme deshalb nicht abhanden, weil wir uns nicht positiv auf „Wo ist Behle?" beziehen: Wir halten den Ansatz von Fridolin[4] für eine nachträgliche Immunisierungsstrategie autonomer Politik gegen eine bestimmte Kritik und den Versuch, diese Politik zu ändern.[5] Letztlich verrät Fridolins Text und die Reaktionen darauf in der Interim mehr über autonome Filtersysteme, als über die 'Normalbevölkerung', von der er sich abgrenzt. Wir haben bei unserer Volksuniveranstaltung vertreten, daß die radikale Linke – und vor allem die autonome Linke – die Soziale Frage nicht länger ausblenden sollte und die Gegenposition trat teilweise mit Rückgriff auf Fridolins Text „Wo ist Behle?" auf. Auch dabei ging es in erster Linie darum, sich von der 'Normalbevölkerung' abzugrenzen.

Besonders bezeichnend finden wir, wie im zweiten Zitat das Distanzierungsbedürfnis so weit geht, die Soziale Frage zu einem Gebiet zu erklären, mit dem man sich wirklich nur in allergrößter Not beschäftigen sollte: Wegen der Nazis. Man tut es freilich ungern, weil man sich davon keine Emanzipation erwartet.

Warum stellen wir gegen das Gutscheinsystem, das den Asylsuchenden aufgezwungen wird, die Forderung: Bargeld für alle!? Kein emanzipatorisches Potential?

Warum stellen wir gegen den Gebärzwang, der schwangeren Frauen auferlegt wird nicht nur die Forderung nach Streichung des §218, sondern auch die nach Kostenübernahme und gegen die Bedürftigkeitsprüfung? Keine emanzipatorische Forderung?

Warum demonstrieren wir dagegen, daß nicht abschiebbaren und nur geduldeten Nichtdeutschen, denen es verboten ist zu arbeiten, jetzt auch noch die Sozialhilfe auf Null (0) gekürzt werden soll? Gegen das Aushungern von Flüchtlingen! Keine emanzipatorische Forderung?

Warum agiert ein Teil der Linken gegen Arbeitszwang für Sozialhilfeempfänger *und für* **eine bedarfsorientierte Grundsicherung für *alle* in Höhe von DM 1500.- plus Warmmiete?** Und warum agiert ein Teil der Autonomen dagegen?[6] Weil dieser Teil der Autonomen die Forderung nach Grundsicherung nicht in Zusammenhang mit einer „grundsätzlichen emanzipatorischen Veränderung" bringen kann.

Sicherlich liegen dem auch verschiedene Auffassungenvon 'Emanzipation' zu Grunde: „Eine mit Fridolin "glückliche" Position" argumentiert mit der Sozialisation von Individuen und was also Individuen voneinander unterscheidet. Entsprechend ist denn auch bei Fridolins „Wo ist Behle?" der Begriff 'Selbstveränderung' sehr wichtig. Wir dagegen denken, daß Emanzipation vor allem da stattfinden kann, wo die Bedingungen dafür gegeben sind. Deshalb müssen die Bedingungen – und das sind immer gesellschaftliche Bedingungen – entsprechend geändert werden. Deshalb legen wir das Schwergewicht auf die notwendige Veränderung der Autonomen als Gruppe im Zuge einer gesellschaftlichen Veränderung (schließlich wollen wir nicht als Autonome sterben.)

Einladung zur gepflegten politischen Diskussion zwischen love parade und Spiel um den dritten Platz:

Die Letzten auf der Titanic?

Perspektiven autonomer Bewegung, 2. Teil
Veranstaltung zu Sozialer Frage und Identitätspolitik
Liebigstraße 34, Samstag den 11. 7. 98, 18[00]
(Tram 20: Bersarinplatz; U5: Frankfurter Tor; S-Storkowerstraße)

Die gesellschaftlichen Bedingungen sind nicht nur Bedingungen für individuelle Emanzipation, sondern auch Bedingungen des Politik machens. Es ist doch ganz offensichtlich, daß autonome Politik- und Organisationsformen sich besonders für solche Menschen anbieten, die (noch) nicht eingebunden sind in zeitraubende und ermüdende Arbeit (bezahlte (Job) oder unbezahlte (Hausarbeit)). Das ist *ein* Grund, weswegen die Autonomen immer schon eine Bewegung mit sehr niedrigem Durchschnittsalter waren. Mit dem zunehmenden Arbeitszwang (Sozialabbau, Arbeitsintensivierung und Lohnsenkungen) gehen die Bedingungen für die spezifischen Politik- und Organisationsformen der Autonomen immer weiter flöten. Darin liegt *ein* Grund für das Abschmelzen der Szene.

Und spätestens die eigenen Emanzipationsmöglichkeiten könnten doch ein Grund sein, sich noch mal genauer mit einer Forderung wie der nach Grundsicherung zu beschäftigen. Wir finden die Grundsicherungsforderung interessant, weil:

- sie bereits seit geraumer Zeit diskutiert wird und also schon Positionen existieren, an die man anknüpfen kann und mögliche Bündnispartner/innen da sind
- sie maximal breit ist, also viele Spaltungen überwinden kann. Deshalb ist sie insbesondere eine anti-patriarchale, anti-sexistische und anti-rassistische Forderung.
- sie das Verhältnis zur Arbeit ganz neu bestimmt und damit gegen die 'Leistungsgesellschaft' wirkt und auch deshalb eine anti-patriarchale, anti-sexistische Forderung ist.

Wir denken also, daß diese Forderung dahingehend wirken kann, Emanzipationsprozesse zu ermöglichen – und das nicht erst nach ihrer (überhaupt nicht abzusehenden) Realisierung, sondern bereits im gemeinsamen Kampf für sie. In einem solchen Kampf liegen Chancen für uns Autonome, Bedingungen zu verbessern: Kampfbedingungen und Lebensbedingungen. Eine mögliche Verbesserung von Kampfbedingungen liegt darin, in diesem Kampf politische Spaltungslinien und damit Beschränktheiten zu überwinden. Darin hat die Grundsicherungsforderung etwas mit der Losung **Kein Mensch ist illegal!** gemeinsam: Beide Ansätze sind sehr breit und ermöglichen vorher schwer vorstellbare Bündnisse. Dabei hat die Grundsicherungsforderung noch den Vorteil nicht nur allgemein an Menschenrechte zu appellieren, sondern gleich materiell Butter bei die Fisch zu tun. Damit wollen wir die beiden Perspektiven aber nicht gegeneinander ausspielen, im Gegenteil: Sie ergänzen sich hervorragend: Denn womit begründen wir wohl die Forderung nach Grundsicherung für ***alle***, wenn nicht damit, daß alle ein gleiches Recht haben gut zu leben.

0.1.1 Wir hoffen, daß wir das Thema unserer Veranstaltung doch noch schmackhaft gemacht haben und laden Euch zur Diskussion ein (siehe Kasten). In der letzten Interim haben wir wesentliche Teile unseres Volksunireferats und eine Zusammenfassung der Diskussion wiedergegeben, damit alle einen annähernd gleichen Stand haben und wir die Diskussion wirklich *fortsetzen* können.[3] Zur Grundsicherungsforderung haben wir zum 1. Mai schon mal was geschrieben.[6]

—

Berlin, den 2.07.1998
Die Unglücklichen
c/o Infoladen Daneben
Liebigstraße 34
D-10247 Berlin
email: Daneben@omega.berlinet.de

---

1 Unmittelbar vor der hier zitierten Einlassung in Klammer steht: [...] [Die] von Fridolin vertretene Position ist realistisch-desillusionierend: Vorstellungen, oder eher, unbegründete Hoffnungen von kurz- und mittelfristiger autonomer Massenpolitik wird eine Absage erteilt. Für ein linksradikales politisches Projekt kann es ersteinmal - zumindest bis dieses Projekt einen relevanten gesellschaftlichen Faktor darstellt - nur darum gehen, neue MitstreiterInnen zu gewinnen.

2 Die beiden Zitate sind aus „Fridolin mag kein Moralin", einem Text, der unterschrieben ist mit „Eine mit Fridolin "glückliche" Position" und der im Interim-Ordner landete.

3 „Die Letzten auf der Titanic?"; Interim 453, S. 11-13. An dieser Stelle vielen Dank dem/der Interim, die/der unseren Text vorher gelesen und den Datumsfehler am Ende korrigiert hat.

4 Fridolin begründet in dem Text „Wo ist Behle?" (Interim Sondernummer März 1998), weswegen die 'Normalbevölkerung' für autonome Politik prinzipiell unerreichbar ist und weswegen deren Erfolgskriterium zunächst nur darin gesehen werden kann, ob es gelingt, aus dem 'entfernten Nahumfeld' der Autonomen Personen für autonome Politik zu gewinnen... (Selber lesen)

5 Eine solche Kritik wurde z.B. in der „Heinz-Schenk-Debatte" 1991 in der Interim vertreten und auch wir kritisieren – auf andere Weise – diese abgrenzende Form autonomer Politik.

6 Vergleiche das traditions-autonome Flugblatt zum ersten Mai: „Ein Angriff auf die Lohnarbeit" (unterzeichnet mit „Einige Leute vom Abschlußplenum des autonomen Wochenendes 'Gegen die Leere'", Interim 448) und unsere Entgegenung „Wer schon nicht arbeitet, soll wenigstens gut essen! für die Entkopplung von Arbeit und Einkommen." (Interim 450)

KARAWANE

für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Ein breites Bündnis von Flüchtlingsgruppen und UnterstützerInneninitiativen plant eine bundesweite Demonstration gegen die sich ausweitenden-Angriffe auf Flüchtlinge. Sie soll im August beginnen und kurz vor den Wahlen enden. Die Karawane, die sechs Wochen dauern soll, wird von Stadt zu Stadt durch ganz Deutschland ziehen und in vielen Städten anhalten, um politische Aktionen zu machen. Die genaue Form der Karawane ist noch nicht entschieden, aber wir denken an eine Mischung aus Laufen, Fahrradfahren und Busfahrten. Wir wollen uns damit sowohl in den einzelnen Städten als auch bundesweit kräftig in den deutschen Wahlkampf einmischen.

An den unverschämten Äußerungen der CDU und SPD zu den kurdischen und anderen Flüchtlingen, die mit Schiffen nach Italien kamen, können wir sehen, was wir während des Wahlkampfes zu erwarten haben. Fast jeden Monat werden die Rechte der Flüchtlinge erneut mit Füßen getreten, und die giftigen Äußerungen der PolitikerInnen finden in der gesamten deutschen Gesellschaft erschreckenden Widerhall. Das bedeutet, daß nicht nur Flüchtlinge, sondern auch MigrantInnen betroffen sein werden. Es ist klar, daß unabhängig vom Wahlergebnis unsere Rechte genommen werden sollen, zehntausende mehr mit Gewalt abgeschoben werden und viele mehr in solche Angst versetzt werden sollen, daß sie Deutschland „freiwillig" verlassen. Wir werden natürlich kein Wahlrecht und deshalb keinen direkten Einfluß auf die Wahlen haben - obwohl wir ihr Thema sein werden!

Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme!

Wir müssen uns Gehör verschaffen! Wir müssen all unsere Kräfte zusammennehmen und ein Bündnis zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen, Anti-RassistInnen und all denen schaffen, die sich für Menschenrechte einsetzen. Wir müssen versuchen, Solidarität und ein Bündnis mit den Teilen der deutschen Gesellschaft zu schaffen, die von Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und Sozialabbau betroffen sind. Während in Deutschland die Arbeitslosigkeit steigr, werden gleichzeitig die Reichen immer reicher. Zynische und opportunistische PolitikerInnen werden das System und den jetzigen Zustand verteidigen, indem sie versuchen werden, die berechtigte Wut, die die Armen auf die Reichen haben, auf die Flüchtlinge zu lenken.

Das dürfen wir nicht zulassen! Wir werden der wachsenden Zahl von Armen in Deutschland zeigen, daß die Flüchtlinge von den gleichen Verantwortlichen angegriffen werden wie sie - nur viel stärker. Der neueste Vorstoß, die Sozialhilfe für alle Flüchtlinge mit Duldung zu streichen, ist das beste Besipiel. Wir dürfen nicht zulassen, daß uns der gemeinsame Feind gegeneinander aufhetzt! Wir müssen uns vereinigen!

Unsere Anwesenheit hier ist das Resultat deutscher »Interessenwahrnehmung« im Ausland!

Wir dürfen nicht zulassen, daß Deutschland seine Verantwortung für die Ursachen all der Probleme verleugnet, die politische Flüchtlinge hervorbringen. Deutschland unterstützt antidemokratische und diktatorische Regime, die die Rechte der Menschen mit Füßen treten, aber deutschen Geschäftsinteressen nur nutzen. Diese Regime schaffen billige Arbeit für die deutschen Investoren, aber keine Rechte für die ArbeiterInnen und die Bevölkerung, billige Rohstoffe für Deutschland, aber die Zerstörung der Lebensgrundlagen und der Umwelt.

Große Geschäftsinteressen in Ländern wie der Türkei sorgen dafür, daß die deutsche Regierung so eng mit der Türkei zusammenarbeitet, daß Deutschland darauf besteht, die KurdInnen als „kriminelle EinwanderInnen" zu bezeichnen, die an Italienischen Ufern als „politische Flüchtlinge" ankommen. Nigeria wird zerstört, um billiges Öl für Deutschland zu liefern, aber wenn ein paar Flüchtlinge es schaffen, der mörderischen Diktatur zu entkommen und in Deutschland anzukommen - tut uns leid, für Euch ist kein Platz hier! Während sich PolitikerInnen hier beschweren, daß kein Geld für die Flüchtlinge da ist, hat die deutsche Regierung genug Geld, um Ländern wie Sri Lanka finanzielle Hilfe zu leisten - Hilfe für den unmenschlichen Krieg gegen das tamilische Volk, der zehntausende von Flüchtlingen hervorbringt. Die Beispiele sind endlos.

Wenn Flüchtlinge hier ankommen, werden wir kriminalisiert und erniedrigt. Wir werden in Schiffe und Lager gesteckt, unsere Sozialhilfe wird gekürzt, unser Recht auf Arbeit genommen, wir werden von der Gesellschaft isoliert und im Allgemeinen behandelt, als seien wir weniger als Menschen. Wir werden beschuldigt, der Grund für alle sozialen Probleme in Deutschland zu sein. Wir sind Mißhandlungen durch die Polizei und unfairen Asylverfahren ausgesetzt, werden in Abschiebeknäste geworfen und am Ende abgeschoben.

Unsere Stimme wird gehört werden!

Wir werden uns wehren! Wir rufen alle Flüchtlinge und MigrantInnen, egal aus welchem Land auch immer Ihr seid und egal wo in Deutschland Ihr wohnt, dazu auf, uns zu kontaktieren und Eure Ideen und Vorschläge einzubringen. Wir wollen, daß die Karawane Eure Anliegen zur Sprache bringt, egal ob Probleme in dem Land, das Ihr verlassen mußtet oder Probleme mit den deutschen Behörden dort, wo Ihr jetzt leben müßt. Wir möchten, daß Ihr uns dabei helft, für das Karawanen-Projekt ein 'Manifest' zu schreiben, in dem alle Aspekte aller Probleme vorkommen, die verschiedene Gruppen von Flüchtlingen und MigrantInnen haben, die in Deutschland leben.

Wir rufen alle aktiven anti-rassistischen Gruppen und Kirchengemeinden dazu auf, ihre Erfahrungen und Kontakte zu nutzen und uns dabei zu helfen, in Eurer Region Aktivitäten für die Karawane zu organisieren.

Dies ist ein vorläufiges Flugblatt zur Information über das Projekt. Wir möchten, daß Ihr Euch daran beteiligt, die endgültige Form der Karawane zu bestimmen.

Bitte meldet Euch bei uns, so daß wir Euch über das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen und die Kontaktpunkte für die Karawane, die Euch am nächsten sind, informieren können.

Dieses Flugblatt gibt es auch in Englisch, Türkisch, Französisch, Tamilisch, Kroatisch, Persisch, Portugisisch, und Spanisch. Wenn Sie diese oder andere Übersetzungen brauchen, wenden Sie sich bitte an:

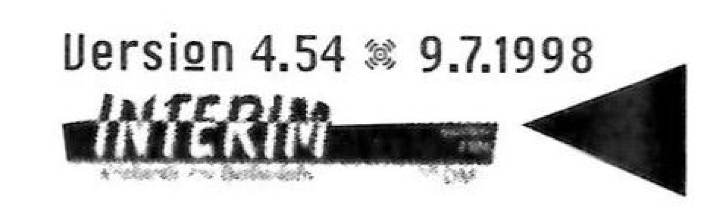
Internationaler Menschenrechtsverein · Kornstrasse 51 · 28201 Bremen
☎ (0421) 5577 093 o. 5577 684 · Fax: (0421) 5577 094 o. 498 7276
http://www.humanrights.de E-Mail: mail@humanrights.de

Donations: Internationaler Menschenrechtsverein · Konto 1073 9282 bei der Sparkasse in Bremen (BLZ 290 501 01) Stichwort Karawane

Want more? Demonstrate then:
30.8.'98, Abschiebegefängnis Büren-Stöckernbusch, 12:00 Uhr

Want more? Call here...
Infotelefon: 05251-690573

Want more? Look there...
http://www.uni-paderborn.de/~hfmia/



Nazi- Aufmarsch in Lüneburg am 13.06.1998

Am 13.06.1998 marschierten in Lüneburg mehr als 60 organisierte Faschisten auf. Der Aufmarsch wurde von den "Freien Nationalisten" organisiert.
Die Demonstration wurde von einem bisher nicht in Erscheinung getretenen Lüneburger Faschisten angemeldet. Dazu gab er sich gegenüber dem Ordnungsamt als Mitglied der „Initiative Arbeitsuchender" aus. Während des etwa eineinhalb stündigen Aufmarsches durch die Lüneburger Innenstadt hielten Christian Worch sowie Thomas Wulff die Redebeiträge. Motto des Aufmarsches war das Thema: „Arbeit". So maschierten die Nazis dem Leittransparent „Polen in das Arbeitsheer - Gerhard Schröder danke sehr" hinterher.
Gegenaktivitäten bzw. eine Verhinderung waren nicht möglich. Ursachen dafür waren sowohl das Überraschungsmoment auf der Seite der Nazis, als auch die zeitgleiche antifaschistische Demonstration in Bad Segeberg (Öffentlich machen der Aktivitäten von Thekla Kosche / Anti-Antifa). Auch trug das „Augen-zu-und-durch" der Stadt dazu bei. Spätestens am Freitag zuvor, als klar war wer hinter dieser Demonstration steht, hätte die „Öffentlichkeit" informiert werden müssen. So wurde es beim medienwirksamen Rumgeschupse des Bürgermeisters durch Thomas Wulff belassen. Damit auch ja nichts schief geht, wurde der Aufmarsch von mindestens einer Hundertschaft Bereitschaftspolizei begleitet.
Um 15^{00} fand dann in eine spontane Demonstration gegen den Nazi- Aufmarsch statt. Rund 40 AntifaschistInnen aus den verschiedensten Spektren zogen lautstark durch die Innenstadt.

Nachschlag:
Eine Woche später, am 19/20. Juni wollten ca. 150 bei den Hammerskins organisierte Nazis bei Scharnebeck (Landkreis Lüneburg) ein Wochenende verbringen. Diesmal war die Polizei mehr auf Zack und verwies die Nazis mittels des niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes des Platzes.
Offensichtlich wurde das Treffen, zu dem auch englische, schwedische und us-amerikanische Faschisten angereist waren, von Uelzener und Lüneburger Nazis organisiert.
Am 25.Juni gab es, als Reaktion auf den Naziaufmarsch, eine von der „Initiative Arbeitsuchender" veranstaltete Podiumsdiskussion. Eingeladen waren: Mägde/Bürgermeister, Römhild/Kriminaldirektor, Jobski/Leiter Abt. Staatsschutz, Dietrich/DGB, Böschen/Kirche.
Die Diskussion wurde lautstark von DVUlern gestört, während draußen etwa zehn „Freie Nationalisten" Flugblätter verteilten und AntifaschistInnen bedrohten. Soviel zur „Empörung und Betroffenheit".

Vorher:
Uelzener Nazis waren an den Demonstrationen des „Bündnis Rechts für Lübeck" beteiligt. Mindestens einer übernahm bei der Nazidemo „Keine Macht den Drogen" am 04.April in Klötze Ordnertätigkeiten. In Leipzig beteiligte sich ein Uelzener Nazi aktiv an der Führung des Demonstrationsversuches der "Freien Nationalisten".
Außerdem besuchten sie zusammen mit mehreren Nazis, darunter Thorsten Heise, die Mackenrode-Prozeße gegen fünf AntifaschistInnen in Göttingen.
Am 08. Mai (Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus) traten ca. acht Nazis in Aktion. Am Denkmal des 26. Luftkampfgeschwaders - heldenhafte Mörder von Spanien bis an die Krim - war Saubermachen angesagt. Nebenbei wurden Flugblätter verteilt.

Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

OG Lüneburg
c/o Heinrich- Böll- Haus
Katzenstraße 2
21335 Lüneburg

OG Uelzen
Postfach 1217
29544 Bad Bevensen





Seit den Weltfestspielen in Leipzig tut sich in Sachen Hausbesetzung wieder etwas in Berlin. Natürlich ist es wichtig, Leerstand mit alternativen Wohn- und Lebensformen sowie politischen Projekten zu füllen. Wir fragen uns nur, ob mensch nicht das gerade mit solchen „Spaßbesetzungen" wie in der Steinstraße, der Fehrbelliner Str. und anderen verbaut. Wenn es gar nicht darum geht das Haus länger zu halten, sondern nur die schwarz-rote Fahne zu hissen, wird eine Atmosphäre geschaffen bzw. unnötig aufgeheizt, die es fast unmöglich macht, Besetzungen mit einer längerfristigen Perspektive durchzusetzen.

Das durch diese „Spaßbesetzungen" provozierte Katz und Maus- Spiel mit den Bullen hat eher den Anschein linker Abenteuerromantik als von linker /autonomer Politik. Geht es primär darum den Bullen eine lange Nase zu zeigen oder sich kleinere ~~Scharmützel~~ mit ihnen zu liefern geraten wir in eine Auseinandersetzungsspirale, die uns immer weiter in passive /reaktive Positionen abdrängt. So wird es für die Bullen umso leichter, Auseinandersetzungen zu provozieren in deren Verlauf unsere Inhalte und Ziele (z.B. GelöbnIXstöraktionen) verloren gehen. Scheinbar reduziert sich linke /autonome Politik zunehmend auf Auseinandersetzungen mit den Bullen. Dies ist auch immer wieder gut an der Hasskappenfetischisierung auf den Plakaten der AAB/BO zu sehen.

Wir sollten uns fragen, ob die Focussierung auf den **repressiven** Teil des Systems uns nicht ideologisch und gesellschaftlich in die Sackgasse rennen läßt und uns endgültig politikunfähig macht.

nennt uns wie ihr wollt

meldungen

NPD-Demo in Freising

Der Nazi Jens Pühse hat für den 11. Juli in Freising eine Demo angemeldet. Anfangen soll sie um 11 Uhr in der Luitpold-Anlage am Parkplatz, die Abschlußkundgebung soll um 13 Uhr am Marienplatz statfinden. Er protestiert damit gegen die Weigerung der Stadt, im letzen November die Luitpold-Halle der JN/NPD zu vermieten. Ein Bündnis gegen Nazis hat an verschiedenen Orten Gegenkundgebungen angemeldet. Weitere Infos unter 0177/ 4490677

aus FOCUS

RADIKALE TIPS



Aufruf zu Sabotage: „radikal", Heft 155

Das linksextremistische Untergrundblatt „radikal" ruft in seinem Heft 155 zu Sabotage-Aktionen gegen Castor-Transporte auf. Unter dem Titel „Who stopped the Bahn?" beschreibt eine Autonome Entwicklungsgruppe Hakenkrallen in „Leichtbauweise".

Das 100-Seiten-Pamphlet wird „versteckt" hergestellt. Seit März existiert keine Deckadresse mehr in Amsterdam, sondern ein Postfach in Zürich.

Die Bundesanwaltschaft hat bisher kein Verfahren eingeleitet. Die Polizei prüft jedoch, ob es einen Zusammenhang mit den Anschlägen auf die Strecken Hannover–Braunschweig sowie Dessau–Potsdam im Februar und März gibt.

Check out here:
Bestelladresse
Äußerer Umschlag:
WOZ, Postfach, CH-8031 Zürich
Innerer Umschlag: ZK
5 Ausgaben kosten 50 Mark

Version 4.54 ※ 9.7.1998
INTERIM

Blutige Party bei Ronald

Am 19.6. haben wir ~~gegen .... Uhr~~ dem McDonalds an der Hoheluftbrücke einen Besuch abgestattet, um unserer Wut über die alltägliche Ubterdrückung und Zerstörung durch den Konzern etwas Luft zu machen.

Um unserem Protest Nachdruck zu verleihen, warfen wir Wasserbomben, die symbolisch mit Kunstblut gefüllt waren, hinter die Theke, wo der Mc Donalds-Fraß ausliegt. Zusätzlich hinterließen wir für die sonstigen BesucherInnen einige Flugblätter.

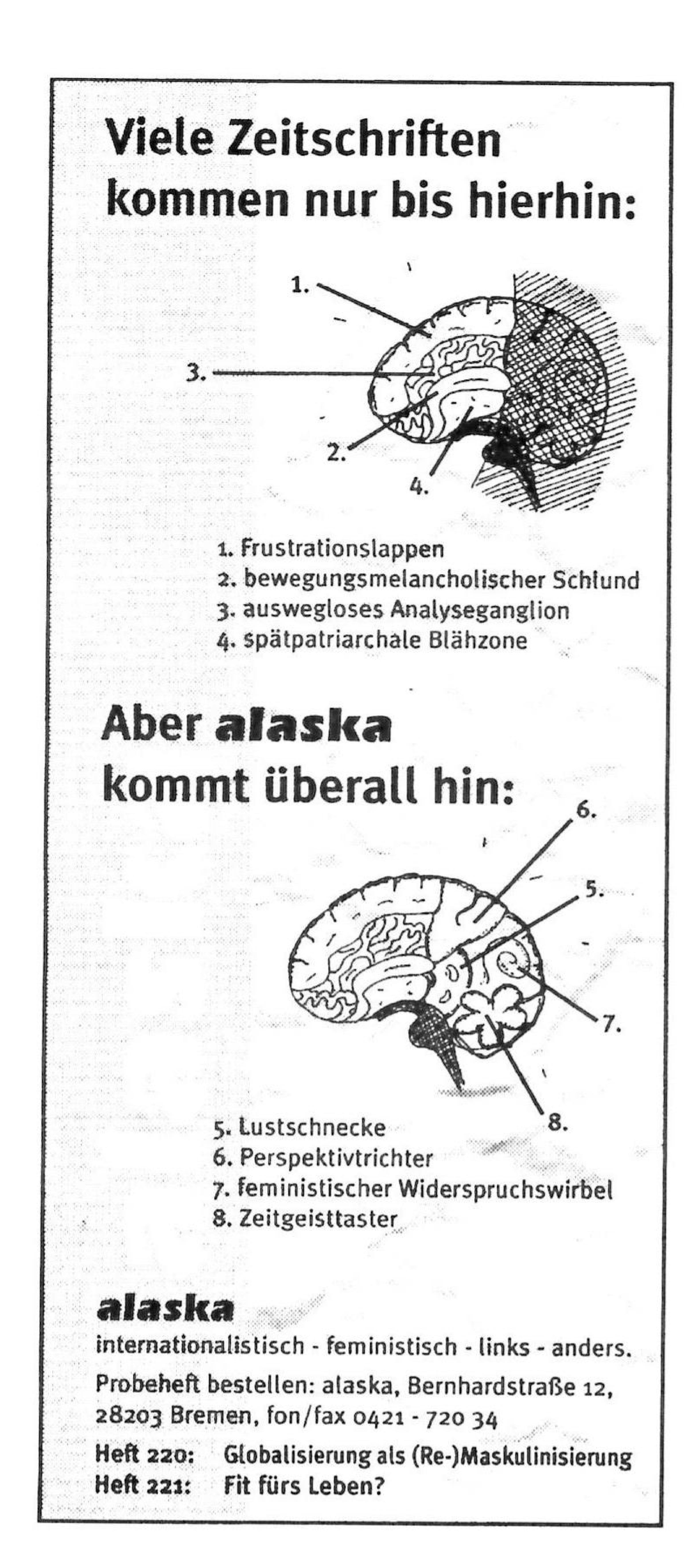
McDonalds ist direkt und indirekt für ein gigantisches Ausmaß von Menschen- und Tierunterdrückung und die Zerstörung von Natur verantwortlich.
Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie McDonalds und andere multinationale Konzerne für ihren Profit die Rechte von Menschen und Tieren mit Füßen treten und unsere Welt vergiften, verpesten, ausplündern und unwiderruflich zerstören.
Es ist eine Überlebensfrage, ob und wie wir Obrigkeitshörigkeit und Passivität durchbrechen und uns gegen Bevormundung, Manipulation und jede Form von Unterdrückung wehren.

Die internationale Kampagne gegen McDonalds, in der sich verschiedene Kämpfe, wie z.B. ArbeiterInnen-, antiimperialistische, Tierbefreiungs- oder Umweltkämpfe, vereinen, und in der ein Neben- bzw. Miteinander von Aufklärungsarbeit, Besetzungen, Blockaden oder auch Sachbeschädigungen möglich ist, halten wir für einen geeigneten Ansatz, um hier Solidarität zu praktizieren.

Am 16.Oktober ist weltweiter Anti-McDonalds-Aktionstag.

Für die Befreiung von Mensch und Tier !!

Ronalds FeindInnen





Mitnehmen !
Gilt als Fahrscheinersatz !

Wir haben in der Nacht vom Montag, den 15.Juni auf Dienstag, den 16.Juni 98 an der U-Bahnstation "Alte Heide" alle Fahrscheinentwerter außer Betrieb gesetzt.
Dies ist unsere Antwort auf die neuen Fahrpreiserhöhungen des MVV!
Während die bayrische Staatsregierung (CSU) hunderte von Millionen DM aus dem Bildungshaushalt klaut, um solch sinnlose und gefährliche Projekte wie den Bau des neuen Atomreaktors FRM II in Garching zu finanzieren und während die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP mit Zustimmung der SPD 20 Milliarden DM für den Eurofihgter zum Fenster hinauswirft und die Unternehmensgewinne von Jahr zu Jahr steigen, will uns die herrschende Klasse weismachen, daß die Kassen leer sind!
Wir sagen, es ist genug für alle da !
Es ist vielmehr eine politische Machtfrage, wem der erarbeitete gesellschaftliche Reichtum zugute kommt.
Den wenigen Unternehmern, Großaktionären, Politikern und Militärs, um noch höhere Gewinne einzufahren, sich Diäten zu erhöhen und weitere teure und tödliche Spielzeuge wie den Eurofighter für ihre Weltmachtpläne zu besitzen oder der breiten Masse der ArbeiterInnen, Hausfrauen, SchülerInnen, StudentInnen, und RentnerInnen, um ihre alltäglichen Bedürfnisse zu befriedigen.
Dazu gehören auch billige und gut ausgebaute öffentliche Nahverkehrssysteme, die mensch sich leisten kann !
Diese kleine illegale und militante Aktionsform ist auch deshalb gewählt worden, um klar zu machen, daß die politische Machtfrage nur zu unseren Gunsten entschieden werden kann, wenn wir uns nicht an die Gesetze des Staates halten, die nur dazu da sind das Eigentum der Kapitalisten zu schützen.
Vertraut nicht auf das Geschwätz der etablierten Parteien (CDU,CSU,FDP,SPD), der Unternehmer und Gewerkschaftsbonzen!
Baut auf eure eigene Stärke!
Tut euch zusammen, organisiert euch, habt den Mut zu kämpfen!


antikapitalistisches Kommando "Nulltarif"

P.S.: Wenn ihr selber Lust auf solch eine Aktion bekommen habt, denkt daran, daß die Fahrscheinentwerter kameraüberwacht sind.
Also vermummen und unauffällig kleiden!



BEKENNER(INNEN)SCHREIBEN ZUM ANSCHLAG AUF DIE NPD LANDESZENTRALE IN NRW

Vorweg: Es tut uns Leid, dass diese Schrift ein bißchen spät kommt, wir sind aber der Meinung, dass sie nicht an Aktualität eingebüßt hat.

Zur Sache: Wir griffen in den Tagen vor dem ersten Mai die NRW Landeszentrale der NPD in Bochum-Günnigfeld mit Pflastersteinen, Farbeiern und Buttersäure an. Wir wollten zeigen, dass es möglich ist, eine vermeintliche Festung (Paterre Glasbausteine, 1. Etage keine Fenster, 2. Etage Normale Fenster) anzugreifen. Leider hat von dieser Aktion keine(r) Notiz genommen, obwohl wir BekennerInnenschreiben an die Regional-presse (WAZ und Ruhr Nachrichten) schickten. Der Anschlag wurde unseres Wissens nach noch nicht einmal erwähnt. Wir reichen dieses Schreiben nach, damit es wenigstens in der "Szene" bekannt wird und andere anregt, ermutigt u.s.w.selbst aktiv zu werden. **ES GEHÖRT NICHT VIEL DAZU !!!** Jede(r) kann Schlösser mit Sekundenkleber zukleben oder Farbbeutel schmeißen.... Ihr müßt nicht in einem großen Zusammenhang eingebunden sein, selbst wenn ihr in etwas ländlicheren Gegenden wohnt. Alles was ihr braucht ist etwas subversive Kreativität, gegebenfalls ein unaffälliges Auto und ein paar nette Leute die für jeden Spass zu haben sind, denn auch in eurer Nähe gibt es bestimmt geignete Ziele (Reps, NPD zentralen oder Nazitreffpunkte). Fragt einfach eure FreundInnen von denen ihr glaubt das sie sich "klandestine militante Klein(st)gruppen-Aktionen" vorstellen können. Bei allem Aktionismus finden wir, dass die Aktion potentiell vermittelbar sein sollte, dass sie öffentlich wird und damit diskutierbar gemacht werden kann, dass die üblichen Verhaltensweisen eingehalten werden und dass Schädigungen Unbeteiligter weitesgehend ausgeschlossen werden.

Weiterhin ging es uns mit dem Angriff darum, die Vorbereitungen für den 1. Mai Aufmarsch in Leipzig zu stören. Wir drohten in dem BekennerInnen-schreiben an die bürgerliche Presse auch den Busunternehmen, die Faschos unterstützen. Diese Drohung dürfte wohl keine Wirkung gezeigt haben, was nicht zuletzt an der Nicht-Veröffentlichung durch die Presse liegen könnte (Wenn Dir Busunternehmen bekannt sind, veröffentliche diese doch in der Interim!).

Bleibt nur zu hoffen, dass diese Aktion dazu beigetragen hat, dass Ihr aktiv werdet und überall militante Klein(st)gruppen entstehen.

***DER KAMPF GEHT WEITER BIS ZUM SIEG !!!**
***ANTIFA HEISST ANGRIFF !!!**
***LASST EUCH NICHT ERWISCHEN !!!**

anonyme antifa / autonome selbsthilfegruppe

auen schrein-
lie Fresse ein!

In der Nacht zum 12.6.98 wurde
eine Frau auf ihrem Nachhauseweg
in der U 2 vergewaltigt.
Der Täter stieg am Alex zusammen mit ihr in
den leeren Waggon. Eine Station später
kamen zwei weitere Männer hinzu.
Anstatt der Frau zu helfen, geilten sie sich
an der Vergewaltigung auf. Sie verließen den
Waggon mit dem Täter.
Dies ist kein Einzelfall !!
Gewalt gegen Frauen ist überall,
wenn wir nicht dafür sorgen, daß Männer
sich nie und nirgends sicher genug fühlen,
sie auszuüben!!!



euch !!!

Frauen, hört ihr Fr

schlagt dem Typ d

servi

Deshalb: Frauen bewaffnet



Widerstand verstehen kann, da er das "Subjekt" für *restlos* gesellschaftlich konstituiert hält.
So ist auch Butler (1990), finde ich, darin zu kritisieren, daß "sie die Naturgrundlage völlig in Diskursivität auflösen will" und daß "Leiblichkeit und die spezifische sinnliche Erfahrung, die daraus resultiert, in ihrem Ansatz nicht adäquat erfaßt" werden (Musfeld 1996, p27).



Ich beharre darauf, daß naturgegebene menschliche Grundbedürfnisse nach Kontakt und Anerkennung existieren, die nur in einer solidarischen und freien Gesellschaft voll befriedigt werden können.
Daraus folgt, daß auch die Allerprivilegiertesten Grund haben, das System zu hassen, weil es sie nämlich unglücklich macht.
Das Problem mit dieser Argumentation ist, daß die "Unglücksebene" regelmäßig benutzt wird um die "Machtebene" aus der Diskussion zu drängen.



Im Geschlechterkampf bekommt das Ganze noch eine Ebene, denn nicht nur sprechen Männer liebend gerne von ihrem Leiden z.B. genau dann wenn sie für Übergriffe gegen Frauen zur Rechenschaft gezogen werden sollen, auch die gesamte patriarchale Kultur und ihre ganze Sozialisation legen es Frauen nahe, Verständnis für das Leiden der anderen zu zeigen, mitzufühlen, nicht "aggressiv" das eigene Interesse zu vertreten, kurz, ihre Unterdrücker emotional zu reproduzieren.







Durch die Schuldentlastungsversuche von Männern über die "Unglücksebene" in Kombination mit der Tatsache, daß Frauen sich permanent mit dem inneren wie äußeren Zwang zur emotionalen Reproduktion auseinanderzusetzen haben, gestalten sich gemischte Diskussionen über das Innenleben der Männer, über was Männer "psychisch" zu ihrem patriarchalen Tun motiviert usw. meist wenig produktiv.







Die Verständnisbarriere, die diese Situation darstellt, finde ich um so bedauerlicher als ich meine, daß eine adäquate Analyse männlicher Subjektivität ein wichtiges Instrument antisexistischer Politik sein könnte.



An dieser Stelle breche ich ab, Exkurse und Literaturangaben lasse ich der Kürze halber weg. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Diatryma



letzter Zeit bei Männern so beliebt, die radikalfeministischen, noch dazu separatistischen Positionen noch nie so recht etwas abgewinnen konnten.)
Die Frage einer positiven Identität stellt sich völlig unterschiedlich, je nachdem ob es sich um die Identität einer privilegierten oder unterdrückten Gruppe handelt.
Außerdem finde ich es zweifelhaft, nationale, "rassische", geschlechtliche Differenz alle mit demselben Oberbegriff Identität zu traktieren. Da geht das identifizierende Denken zu weit.



Was das Geschlecht betrifft, akzeptiere ich die Identität Frau solange sie Mittel im Geschlechterkampf ist und nicht als Ewig-Natürliches gesetzt wird. Die Notwendigkeit einer positiven männlichen Identität sehe ich nicht.



Macht und Glück

Ohnmacht macht zwar unglücklich, Macht deswegen noch lange nicht glücklich. Diese Binsenweisheit sollte man einmal ernstnehmen. Meiner Ansicht nach werden in vielen Diskussionen über "Politisches und Persönliches" die Ebenen "Macht-Ohnmacht" und "Glück-Unglück" vermengt.



Zum Beispiel:
Männer werden *als Männer* nicht unterdrückt, sie sind *in ihrer Eigenschaft als Träger sozialer Männlichkeit (gender!)* 100% Täter, niemals Opfer. Männer können rassistisch unterdrückt sein, oder als Lohnarbeiter, oder wegen einer abweichenden sexuellen Orientierung, oder wegen sonstiger unzureichender Erfüllung der Normen dominanter Männlichkeit, an denen sich schließlich alle zu orientieren haben. Dies sind Unterdrückungsverhältnisse ganz unterschiedlicher Art und Intensität. Aber *als Männer*, d.h. *insofern* diese Menschen die Normen der (jeweils) gesellschaftlich dominanten Männlichkeit erfüllen, sind sie nicht unterdrückt.



Daß sie als Männer nicht unterdrückt sind, heißt jedoch nicht, daß sie deswegen glücklich sind.
Die Radikale Therapie kennt für das Leiden des Unterdrückers den Begriff "Täterschmerz".
Wie man über Glück und Unglück denkt, hängt letzten Endes von Annahmen über die Natur der Menschen ab. Hier steht der hier skizzierte Ansatz im Gegensatz zum zeitgemäß naturvergessenen Soziologismus, der die Wünsche und den Leib niemals als Quelle von

Männern zu beklagen, lernt mal was, Jungs, über Körperarbeit und Körperbewußtsein! Macht mal Bewegung die weder Kampf noch Sport ist...



Therapie und Politik

Obwohl ich für die Politisierung des Emotionalen plädiere, ist mir klar, daß persönliche Veränderung anders funktioniert als politische Arbeit.
Politisches Bewußtsein bringt uns die Einsicht, daß, je mehr privilegierten Gruppen wir angehören, desto weniger Aspekte unserer hergebrachten Identität etwas sind, worauf wir unser Selbstbewußtsein stützen oder stolz sein können. (Es ist eben einfach *nicht* "OK" ein Mann zu sein). Dieses Bewußtsein kann sich sehr leicht an den Selbsthaß koppeln, der in allen Menschen in dieser Gesellschaft aus ganz anderen, verschiedensten Gründen steckt. Und Selbsthaß bringt keinen therapeutischen Prozeß weiter, im Gegenteil.







Wohl kann es auch für einen Prozeß der persönlichen Veränderung wichtig sein, Verantwortung zu übernehmen für das was man ist und was man tut oder getan hat; den Schmerz derer, die man willentlich oder unwillentlich verletzt hat, an sich heranzulassen.
Aber es ist unmöglich, sich tiefgreifend zu verändern, Unbewußtes aufsteigen zu lassen, wenn man nicht aufhört damit, sich ständig zu verurteilen, zu zensieren, zu hassen.
Es geht also um eine Balance zwischen politischem Bewußtsein und persönlicher Veränderung; eine Balance, die in den meisten Therapien nicht gefunden wird, weswegen ich auch sehr skeptisch bin bezüglich der emanzipatorischen Wirkung vieler Therapien.



Identität

Die symbolische Abwertung von Weiblichkeit muß bekämpft werden. Erst in diesem Zusammenhang macht es politischen Sinn, die Konstruktion Weiblichkeit und Geschlecht "an sich" kritisieren bzw. abschaffen (oder "dekonstruieren", wie es modisch heißt) zu wollen.
Das Positive an Identitäten ist ihre Funktion als Schutzvorrichtungen und Kampfinstrumente. Die Forderung, sie mitten im Kampf auseinanderzubauen, zeugt entweder von politischer Naivität oder von bösen Absichten den emanzipatorischen Bewegungen gegenüber, die diese Identitäten benutzen. (Deshalb auch ist ja die "Dekonstruktion" des Geschlechts in



Subjektivität und die Linke



Die Linke reproduziert die reale Körper- und Gefühlsfeindlichkeit der herrschenden Kultur.
Dies ist m.E. die wahre Ursache für die rigide Abwehr vieler Linker gegen "lebensreformerische" Praktiken, gegen z.B. die "Psycho"- oder die "Tanz/Theater"-"szene".
Eine kritische Auseinandersetzung findet fast nicht statt, stattdessen angstvoll-ignorante, stigmatisierende Abgrenzung.



Die eigene Körper- und Gefühlsfeindlichkeit sind Stützen der politischen Identität, die politische Aktivität bezieht ihre Energie oft aus der eigenen Neurose. Dies ahnend, wehrt sich der/die durchschnittliche Linke gegen allzu weitgehende Beschäftigung mit seinem/ihrem "Innenleben", aus Angst der eigenen Motivation und Identität verlustig zu gehen.



Diese Angst ist durchaus berechtigt, denn die Entdeckung der eigenen Subjektivität hat dann tatsächlich oft die rapide Entpolitisierung zur Folge. Das liegt aber nicht in der Natur der Sache sondern daran, daß "Politik" und "Subjektivität" gesellschaftlich als getrennt konstruiert sind. Dies schlägt sich zum Beispiel in der Konstitution einer verkopften, coolen, verbissenen Politszene und einer politisch weitgehend verblödeten Tanz/Theaterszene nieder.

Schluß damit.

Die radikale Linke muß endlich Subjektivität als zentrales politisches Terrain begreifen und Praktiken persönlicher Veränderung in ihrer Kultur verankern.
Die Ressourcen sind vorhanden, was fehlt ist die kritische Durchdringung und Aneignung der in den diversen apolitischen Szenen kursierenden Praktiken und Ideen.

Konkret...

...schlage ich vor
1. die Kombination von "Therapie ohne Therapeuten" (Radikale Therapie, Co-counseling) mit politischer Bildung und Aktion in *einer* Gruppenstruktur zu erproben.
2. statt rein theoretisch, mit ganz viel Theweleit und so, Körperpanzer und Schwanzfixiertheit von

Genau das tut die Mehrheit der Linken in Deutschland jedoch nicht, sondern pendelt zwischen schwülstigem Subjektivismus und knochentrockenem Rationalismus hin und her.

Solange die Linke sich nicht mit ihrem eigenen Unbewußten beschäftigt, wird sie Opfer ihrer Projektionen bleiben



Die Geschichte der Suche nach dem revolutionären Subjekt seit '68 ist die Geschichte einer sich als revolutionär selbstmißverstehenden Linken, die sich durch unreflektierte Projektionen eigener Wünsche auf die Folie des Politischen den Zugang zur ganz und gar unrevolutionären sozialen Realität verbaut hat.
Die quasi-halluzinatorische Verkennung der metropolitanen Arbeiterklasse als potentiell revolutionär, die völlige Fehleinschätzung der Realität der nominalsozialistischen Gesellschaften, die Unfähigkeit der deutschen Linken, ihren eigenen Antisemitismus als solchen zu erkennen - all dies sind systematische Wahrnehmungsstörungen einer Linken, die sich weigert nach innen zu schauen und so ihr Inneres als wahnhafte Projektion im politischen "Außen" wiederfindet.

Eine Linke, die sich nicht mit den eigenen rassistischen Anteilen auseinandersetzt, die nicht in der Lage ist zu verstehen, daß die Machtverhältnisse uns durchkreuzen, daß der "Feind" immer auch in uns ist, wird von der Wirksamkeit rassistischer und antisemitischer Stereotype immer wieder überrascht werden.

Stereotype der westlichen Kultur über Weiblichkeit sind eng mit denen über Rasse, Sexualität, Krankheit/Gesundheit verwoben. Es kann kein adäquates Verständnis des Rassismus getrennnt von einem Verständnis des Sexismus geben.
Ein Antirassismus ohne Antisexismus ist ein geschwächter Antirassismus.
Wenn Männer der linken Szene Antirassismus als Mittel verwenden, Auseinandersetzungen um das Geschlechterverhältnis zurückzudrängen - und genau das ist in den letzten 10 Jahren geschehen - ist das auch eine Katastrophe für die Linke und für den Antirassismus.





über politik und subjektivität

Der folgende Text ist eine Art "Offener Brief an die Radikale Linke". Geschrieben habe ich ihn erstens weil es mich danach verlangte, einige seit langem sich entwickelnde Gedanken endlich offensiv zu formulieren, zweitens in der Hoffnung, daß einige der Inhalte im Prozeß der Neuorientierung der Restlinken wirksam und nützlich sein könnten.

Kontext

Linksradikale Kritik an den herrschenden Verhältnissen bleibt unvollständig, wenn sie nicht die realen Verflechtungen zwischen ausbeuterisch-herrschaftlichem Naturverhältnis, hierarchisch-dichotomem Geschlechterverhältnis, autoritärer Zurichtung der Körper und repressiver Formierung der Emotionalität erkennt. Ohne Verständnis dieser Zusammenhänge wird es kein adäquates Verständnis des Rassismus und keine kritisch-marxistische Reflexion auf der Höhe der Zeit geben.
Den patriarchalen Kapitalismus als natur-, gefühls- und körperfeindlich zu kritisieren hat mit rechter Romantik und Gegenaufklärung nicht das geringste zu tun sondern ist Aufklärung der Aufklärung.
Notwendig wäre es, die symbolischen Dichotomien Natur/Kultur, Körper/Geist, Gefühl/Vernunft, Weiblichkeit/Männlichkeit zu problematisieren und zumindest im Denken tendenziell aufzuheben.
Der Rationalismus der Mehrheitslinken, der in genau diesen Dichotomien gefangen bleibt, richtet, das ist nicht überraschend, gegen die Anziehungskraft der bürgerlichen Kulturkritik, hierzulande meist anti-westlicher, völkisch-romantischer Tendenz, überhaupt nichts aus.

Subjektivität und Subjektivismus

Subjektivität heißt in diesem Zusammenhang: Emotionalität und Leiblichkeit.
Die gesellschaftliche Tendenz zur medialen Inszenierung von Gefühl, Authentizität, Erfahrung entspringt gerade der zunehmenden realen Erfahrungsarmut und emotionalen Leere im "späten" Kapitalismus.
Selbstverständlich ist es nötig, sich des Subjektivitätskults zu erwehren, sich der falschen Unmittelbarkeit zu verweigern.



Grenzen und Möglichkeiten eigener Politik im scharfen Sinne des Wortes werden auch die Autonomen endgültig zu einer historischen Mumie, die noch eine Zeit lang als museale Ideologiefläche zur Kulturalisierung von Konflikten benutzt werden wird, die eigentlich unbedingt politisch ausgetragen werden müssen. Oder aber die, die noch können, fallen individuell zurück in die gute alte bürgerliche Ordnung: Da gibt es immer noch über ein reichhaltiges Angebot von privatförmiger Autonomie (Tarifautonomie, Autonomie der Künste, Verbände, Gruppen, der Berufe etc.). In diesem Rahmen sind immer diejenigen autonom, die es sich irgendwie leisten können; man und frau autonom sind dann zwar keine Spaltpilze mehr, so aber doch Teil der bürgerlichen Vegetation in dieser Gesellschaft geworden. Und das kann für die, die das Glück der Autonomie küßt, durchaus schön, sehr schön sogar, ja fast zu schön sein, um wahr zu sein. Das politische Problem besteht aus unserer Sicht lediglich darin, daß die meisten sich diese Art von Autonomie nicht leisten können.

Gegen den glasigen Blick!



Nennen wir das Problem, vor dem „die" Autonomen stehen, doch einmal beim Namen: Als Bewegung hatten „die" Autonomen ihre subjektiv jugendlich hohe Zeit in den achtziger Jahren. Der Kalte Krieg hat damals jedem politischen Handeln seine Ordnung vorgegeben. Wie Metallspäne um zwei starke Magneten waren die politischen Reden und Handlungen mehr oder weniger genau an den Grenzen und Konfliktlinien dieses kalten - und im Trikont immer wieder auch heißen - Krieges ausgerichtet. Zukünfte waren ausgerechnet, die Welt war nach vorne nicht offen, sondern jede der kämpfenden Parteien hatte ihr weitgehend klares Konzept vom 'Ende (= Ziel) der Geschichte'. Heute ist diese Ordnung untergegangen. In unseren Köpfen erlischt sie nur langsam. Deshalb messen zu viele, die in den 80igern autonom waren, die Praxis, die sie von sich selbst erwarten, an den Erfahrungen aus der Zeit der klaren Fronten.
Eine frühere Version dieses Papiers haben wir mit einem Aufruf geschlossen. Wir wollten Euch dazu auffordern, Autonomie als Haltung *zur* Politik von den jeweiligen politisch-inhaltlichen Projekten zu unterscheiden, und als Autonome für das *inhaltliche* Projekt eines neuen, besseren Kommunismus' zu kämpfen. Je länger wir aber in diesen von uns hingeschriebenen Ermunterungs- und Selbstmutmachungsversuch hineinschauten, desto fremder schaute dieser zurück. Kommunismus: Damit meinten wir natürlich gesellschaftliche Verhältnisse, in denen niemand ausgegrenzt, niemand benutzt und niemand unterdrückt wird. Außerdem setzte die Parteinahme für „Kommunismus" dem derzeitigen überwältigenden gesamtgesellschaftlichen Antikommunismus etwas entgegen. Was wir damit aber natürlich nicht meinten, war das, was in diesem Jahrhundert unter diesem Namen verwirklicht wurde; grausam erstarrte, unterdrückerische Armutsregimes, deren Ideologie ein klebriges Gemeinschaftsdenken war.
Warum aber glaubten wir überhaupt, ein inhaltliches gesellschaftliches Projekt unter einem bündelnden Namen wie „Kommunismus" benennen zu müssen? Antwortversuch:
Die derzeitige (?) autonome Kampfweise, sich in kleinen Gruppen und an einzelnen heißen Punkten zu assoziieren und etwas auf die Beine zu stellen, schließt - wir sagten es schon - umfassende und gesamtgesellschaftlich einschneidende Umwälzungen aus. Unsere Suche nach dem ganz großen Bündelbegriff war wohl Ausdruck für die traditionelle Selbstüberforderung derer, die versuchen, das 'Ganze' zu verändern. Denn damit, uns auf das Ganze zu beziehen, können wir furchtbar schlecht aufhören. Aber wie können wir das überhaupt noch tun? So, wie es jetzt aussieht in 'der' autonomen Bewegung oder ihren spärlichen Resten, können wir allerhöchstens das Andere der Ausgrenzungs- und Profitgesellschaft repräsentieren, die unter der Oberfläche nationalstaatlicher Repräsentation vorangetrieben wird, und die wir nur unscharf in den Blick bekommen. Da es kein Einheitliches ist, gegen das wir kämpfen, sondern eine vielarmige Hydra, etwas, das unser Handeln und Denken teilweise selbst durchdringt, ist es gar nicht so einfach, klare Grenzen zwischen uns und 'dem' ganz großen Gegner zu ziehen.
Und: Auf der Position des 'Anderen' der internationalisierten Profitgesellschaft sind wir auf beunruhigende Weise nicht mehr allein. 'Das' was der Herrschaft einer Handvoll souveräner Nationalstaaten und ca. 200 transnationalrer Konzerne weltweit gegenübersteht, ist vielfältig: Neben neuen „Volksgemeinschaften" (- auch 'unseren' Nazis hier in der BRD -) gibt es nichtstaatliche Kriegerbanden und gruselige religiös-fundamentalistische Bewegungen, die die kapitalistische Weltordnung explizit bekämpfen. Auch ihre Kämpfe basieren, wie seinerzeit der kommunistische, auf Gemeinschafts- und Homogenitätsvorstellungen. In diese Reihe sollten wir uns eigentlich nicht stellen.
Ist es jemals möglich gewesen, eine Massenbewegung bewußt zu produzieren? Ist es nicht vielmehr so, daß Bewegungen aus allen möglichen Gründen einfach entstehen, und daß man sich, dann individuell in oder zu ihnen positionieren kann? Vielleicht irren wir uns, wenn wir sagen, daß wir den Eindruck haben, daß viel von dem, was zur Zeit in autonomen Diskussionen läuft, von dem Gedanken motiviert ist, daß Bewegug sich 'machen' läßt. Wenn wir uns ganz streng befragen, sind jedenfalls wir keineswegs frei von diesem Gedanken. Aber wenn wir ihn uns sehr genau anschauen, dann stellen wir fest, daß er falsch ist. Wir können nur unsere eigene ganz kleine und trotzdem so wichtige Bewegung 'machen'.
Die Zukunft ist nach vorne hin offen und unsichtbar. Genau genommen ist sie gar keine Zukunft, denn sie ist nicht das, was und zu-kommt, sondern einfach das, was noch nicht passiert ist. Uns fällt auch nicht mehr ein, als daß wir alle versuchen sollten, unser richtiges Maß zu finden für das, was wir gemeinsam machen und noch machen werden. Wir sollten auf jeden Fall aufhören, uns damit zu terrorisieren, daß wir den Ausschnitt für unser Handeln viel zu groß wählen. Aber wir sollten auf keinen Fall aufhören, politisch zu handeln.
Eins jedenfalls ist klar: Autonom ist man nicht, autonom wird man. Autonomie ist ein ständiges Ankämpfen gegen die Schwerkraft in uns selbst. Autonomie bedeutet, nicht nach hause, nicht in einen endgültigen Zustand kommen zu wollen. Autonomie ist das Gegenteil von jedem Heilsstreben.

Poppy Z. Brite & Curt Cobain



[autonome Weisheit]

öffentlichen Raums zu zeichnen, in dem „die Polizei nicht alles regelt" und in dem trotzdem nicht „Chaos und Faustrecht" herrschen, sondern in dem die Menschen „die Fähigkeit entwickeln", „sich untereinander über ihre Interessen zu verständigen". Aber je genauer wir hinsehen, desto mehr Probleme sehen wir auch hier. Denn beide Seiten, sowohl die „drei von Vielen", als auch der Ex-General, beziehen sich in diesem Zusammenhang positiv auf den „öffentlichen Raum". Aber was ist eigentlich mit diesem Begriff gemeint? In dem Gespräch verwendet die Genossin Hagen diesen Begriff zweimal gegenüber Schönbohm. Einmal als sie erklärt, "den öffentlichen Raum gegen den Ordnungsanspruch der Polizei" verteidigen zu wollen, ein anderes mal, als sie Schönbohm unterstellt, daß er den Autonomen "den Krieg erklärt" habe, und zwar weil Schönbohm - so Genossin Hagen - „die Hoheit über den öffentlichen Raum beanspruch(t)".
Da muß man aber unseres Erachtens ein bißchen genauer sein: Hört denn ein von den Bullen wie auch immer geordneter "öffentlicher Raum" etwa auf, ein "öffentlicher Raum" zu sein? Sind denn die von Schönbohm ins Gespräch eingeführten "vielen amerikanischen Freunde", die sich den teuren Spaß leisten, die "Opernfestspiele der Staatsoper unter den Linden" zu konsumieren, nicht ebenfalls Nutzer des "öffentlichen Raums"? Natürlich sind sie das, genauso wie auch die Frösche, die Autos, die Mülltonnen, die Nazis, die Privatbullen und auch die Grönländer, die im „öffentlichen Raum" - wie auch immer - Platz haben. Wenn Schönbohm und 'die Autonomen' um die 'Hoheit' über, bzw. um die Form der Nutzung des öffentlichen Raums kämpfen, dann ist das in der hier abgebildeten Weise zwar irgendwie politisch; Die Form, in die diese zwischen Schönbohm und den „dreien von Vielen" geführte Auseinandersetzung hier gerät, ist aber im Verhältnis zu den herrschaftlichen Neustrukturierungen, die sich eben dort, nämlich im „öffentlichen Raum" wirklich zur Zeit abspielen, völlig unangemessen. Nochmal: Schönbohm reklamiert Gewaltenteilung, also eine Hoheit der 'Ordnungskräfte' über den öffentlichen Raum, die strikt an den gesetzlich verbrieften Schutz der Individuen und ihres Eigentums gebunden ist. 'Sie', die Bullen, greifen erst ein, wenn Gefahr in Verzug ist. Und so hat Schönbohm, indem er sich auf den Standpunkt des Rechts stellt, die „drei von vielen" auf ein weiteres „Ja-Nein"-Terrain bugsiert, was sie daran hindert, den Umbau Zentralberlins in eine Sicherheitszone anzugreifen, der sich derzeit abspielt, und an dem Schönbohm ganz persönlich an hervorragender Stelle beteiligt ist. Die drei GenossInnen geraten auch an dieser Stelle schlimm in die Defensive. Anstatt das auch in der aktuellen Städtebaupolitik manifeste Prinzip der Aussperrung der Regierten, die Codierung von Armut als Kriminalität und die neue Sicherheitsideologie politisch anzugreifen[17], reklamieren sie doch tatsächlich die leerstehenden Büros in der Friedrichstraße, um sie als Kulturzentren zu nutzen - für wen und mit wem eigentlich? [18] -, und gehen schließlich sogar so weit, darauf zu verweisen, daß die Orte der Subkultur „Berlin interessant machen". Es ist bitter, daß man die Genossin Hagen so verstehen kann, als wolle sie dem regierenden Polizeimann das 'bunte' Berlin des zwischenzeitlich zielgerichtet kommerziell orientierten Tacheles als Highlight für den Tourismus-Markt anpreisen. Mit solchen Äußerungen haben die drei von Vielen auf Schönbohms Bühne hin- und hergezappelt, anstatt ihn auf ihrer eigenen zum Tanzen zu bringen.

Autonomie am Ende?

Aber was reden wir? In einer Situation, wo man bereits für das schiefe Sitzen eines Basecaps, oder für das leichte Anheben eines Transparentes wegen "Verstoßes gegen das Vermummungsverbot" oder wegen eines mißgünstigen Augenaufschlags einfach ohne irgend eine wie auch immer geartete Begrenzung im öffentlichen Raum von Prügelrobotern zusammengeschlagen werden kann, geht einem im wahrsten Sinne des Wortes die Luft aus. Was soll man auch noch viel sagen, wenn man von einer zwei Meter großen komplett ausgerüsteten Prügelmaschine bereits für den kleinsten Mucks am Kragen gepackt und mit der Perspektive an die Wand geschleudert wird, möglicherweise schon im nächsten Moment zusamengedroschen zu werden. Das macht zumindest verständlich, daß den GenossInnen im SPIEGEL im Grunde kaum etwas anderes einfällt, als "Grundgesetz, Grundgesetz" zu stammeln. Klar ist da nur das Schmunzeln von Schönbohm, denn damit hat er den 'Feind' nicht nur genau auf dem Terrain, auf dem er ihn haben will, er kann ihm auch noch seelenruhig dabei zusehen, wie er dort den Löffel abgibt.
Dennoch machen die Aussagen der "drei von vielen" nichts von dem schlechter, was nicht ohnehin schon seit geraumer Zeit darniederliegt. Das darf uns doch aber nicht beruhigen oder sich gar in die zynische Indifferenz auflösen, es sei "ja eh´ alles egal". Zumal das ja auch nicht im mindesten stimmt. Wir wollen lediglich deutlicher als zuvor die tatsächlichen Grenzen herausstreichen, in denen Autonome aktuell in dieser Gesellschaft hantieren müssen: Die Unklarheit, mit der die „drei von Vielen" in das SPIEGEL-Gespräch gegangen sind, ist leider nicht ihr individuelles Problem, sondern Ausdruck eben jener kollektiv zu verantwortenden gesamtpolitischen Schwäche von Autonomen. Aus dem kollektiven Aufbruch in der Revolte der "Politik in der ersten Person" zu Beginn der 80er Jahre sind rund anderthalb Jahrzehnte später lauter „erste Personen" hervorgegangen, die untereinander keinen Zusammenhang durch Streit um irgendein Projekt mehr stiften. Und diese Einzelnen treten der Macht nicht mehr als das stolze Kollektivsubjekt einer Massenrevolte gegenüber, sondern nur noch als Individuen. Fragte man die meisten der betrunkenen Flaschenwerfer des ersten Mai nach ihrem Politikverständnis, so würden sie höchstens: "die Bullen sind Scheiße" lallen; und ansonsten würden sie wahrscheinlich gegenüber dem Ermittlungsrichter sofort alles gestehen, was dieser zu hören wünscht.
Die SPIEGEL-Ausagen der "drei von Vielen" illustrieren, daß Autonome heute über kein überzeugendes Gegenkonzept sowohl zu staatskonservativen als auch zu neoliberalen Vorstellungen verfügen. Die bisherigen Fluchtpunkte autonomen Denkens, die nicht zufällig ihren Beginn und ihre große Zeit im Zeitalter des Konsens-Sozialdemokratismus hatten, die Unabhängigkeit, das Aussteigen, die Alternative, und die Konfrontation reichen dazu aktuell vorne und hinten nicht hin, zumal auch die antibürgerliche Wendung eines autonomen Philosophiekonzeptes für das individuelle Denken und Handeln zwar viel hergibt, aber bisher keinerlei kollektive Politik begründet. Die während der Auftaktveranstaltung des Autonomie-Kongresses getroffene Aussage: „Es gibt kein Programm mehr" ist zwar aktuell zutreffend[19]. Läßt man sie aber so einfach mit dem Anspruch auf Verlängerung in der Zukunft stehen, dann setzen sich die Anschlüsse jenes philosophischen Autonomie-Konzeptes an die Postmoderne durch, in der ohnehin alles von selber irgendwie zu laufen scheint, und damit im Grunde genommen auch alles latent egal ist. Wenn es uns nicht gelingt, die bisherigen Fluchtpunkte autonomen Denkens gegenüber den Verhältnissen neu, scharf und bissig zu kombinieren und in Stellung zu bringen, wird nicht nur jede Form von Subjektivierung in der Luft hängen bleiben. Das hat dann unvermeidlich zur Folge, daß es nicht nur für einen jeden Innenbefehlshaber immer leicht sein wird, Autonome deutlich „zur Ordnung zu rufen"; ohne Bewußtheit über

---

17 Zu diesem Thema unbedingt lesen: Aldo Legnaro, „Konturen der Sicherheitsgesellschaft: Eine polemisch-futurologische Skizze" in: Leviathan, 2/97, S. 271-284.

18 Das war bereits das Dilemma bei der während der Innenstadtaktionstage `97 durchgeführten Aktion am Los Angeles-Platz. Die vorher ebenso unattraktive wie sterile Viereckrasenfläche war schon zu Gunsten des Luxushotels Steigenberger privatisiert worden, ohne daß es seitens der ansässigen Nachbarschaft zu nennenswerten Protesten gekommen wäre. Und den Innenstadt-AktivistInnen ist die Privatisierung dieses beschissenen Platzes vermutlich eher durch Literatur- oder Zeitungsstudium aufgefallen, als daß sie von einer in Gang gesetzten Security-Repressionsmaschinerie persönlich von dort hinweg gefegt worden wären. Insofern traf die grundfalsche Privatisierung dieses zuvor öffentlichen Raumes niemanden an. Und das galt sogar in einem strengen Sinne für die InnenstadtaktionsaktivistInnen, deren öffentlichkeitswirksam vorbereitetes eintägiges Happening sowohl vom Eigentümer als auch den Bullen vielleicht auch als eine kulturelle Bereicherung des ansonsten leeren Platzes geduldet und ohne Dramatik ausgesessen wurde.

19 Autonomie-Kongress-Reader, Münster 1997, S. 31



bleme unter den Teppich zu kehren. Und insofern ist den „drei von Vielen“ eigentlich nur zu danken, daß sie den Deckel gelüpft und etwas vorgelegt haben, zu dem man sich überhaupt positionieren kann. Auch wenn es bitter bleibt, daß die Wahrheit über die argumentative Schwäche der „vielen“, die die „drei“ hier repräsentiert haben, ausgerechnet über Schönbohm und den SPIEGEL zum Vorschein kommen mußte.

Revolution oder Rebellion?

Die drei *von* Vielen, die hier nicht *für* die Vielen sprechen wollten und eben doch *für* die Vielen gesprochen haben - so sehr sie das auch wieder nicht wollten - sind über das Thema „Militanz“ gestolpert. Und zwar, so vermuten wir, nicht bloß wegen des kriminalisierenden Zugriffs, der ihnen durch die Anwesenheit des Innen-Befehlshabers drohte, sondern weil es im Hinblick auf den Rahmen und Hintergrund der Militanz einige ernste Unklarheiten gibt. Ist sie nur eine verminderte Variante von militärischem Kampf, der nur deshalb nicht in vollem Ausmaß und mit dem Ziel der Zerschlagung sämtlicher Staatsapparate geführt wird, weil wir so wenige, so schwach sind? Uns selbst ist nie ganz klar, ob es GenossInnen gibt, die ihre Militanz in diesen Horizont stellen. Oder ist sie von vorn herein symbolisch, insofern sie uns selbst, den Angehörigen der Apparate von Bürokratie und Kapital und schließlich den agressiv-anpasserischen BürgerInnen lebendig vor Augen ruft, daß Grenzen dazu da sind, überschritten zu werden? Oder ist Militanz gar einfach nur eine Variante von 'Punk' im ursprünglichen Sinn, also ein Medium, um das 'geile Gefühl' zu kriegen, das entsteht, wenn Mann rennt und schmeißt und schreit und boxt, wenn es brennt und wenn Mann gegen Mann, Krieger gegen Krieger steht?



Über diese Frage wird in der Szene nicht viel gesprochen, - und zwar nicht allein wegen der staatlichen Repressionsdrohung, sondern eher weil Militanz als scheinbar klare Sache verhandelt wird. Insofern hängt die 1.-Mai-Militanz genauso scheinklar in der Luft. Geht es um Revolution? Oder geht es nur um Rebellion? Wollen wir die bestehende Ordnung durch eine andere Ordnung ersetzen? Ist Militanz Mittel des 'barganing by riot', also einer Kampfform gesellschaftlich zerstreuter Leute fast analog zum Mittel des Streiks durch die organisierte Arbeiterklasse? Kurz, wollen wir damit gegenüber den Herrschenden irgendwas durchsetzen? Z. B. Jugendzentren, weniger Polizei, ein bunteres Stadtbild, Sozialleistungen, so wie es nach dem SPIEGEL-Gespräch scheinen könnte? Oder dokumentieren wir damit einfach unseren Unwillen, in die Ordnung aufgesogen zu werden; ist Militanz Zeichen unseres Eigensinns? Über solche und ähnliche Fragen nicht zu sprechen, sich also im Hinblick auf das Prinzip, aus dem heraus man handelt, selbst zu überlisten, den Kopf in den Sand zu stecken, hat zunehmend niederdrückende, absurde und traurige Effekte. Im Grunde weiß jede und jeder, daß sich nach dem Verschwinden der zwischen den USA und der SU bipolar aufgeteilten Welt der 80er Jahre und in der multipolaren Welt der 90er Jahre auch die Mai-Randale nicht mehr so einfach in eine bipolare Anordnung zwischen Revolution auf der einen und der verwerflichen, aber dennoch bestehenden Ordnung auf der anderen Seite einfügen läßt. Da sich die „drei von Vielen“ - so vermuten wir - auch über dieses Problem nicht sehr sorgfältig Rechenschaft abgelegt haben, konnten sie in der Anordnung des SPIEGEL-Gespräches wunderbar in die binäre Struktur zurückgebunden werden, die Schönbohm so gut gebrauchen kann: Ihnen wurde die Codierung des Gesprächs auf die Themen „Gewalt“, „Grundgesetz“ und „Hauptstadt“ implizit vorgegeben, und sie setzten dieser Codierung keine eigene entgegen. Allzu willig traten sie in das angebotene Setting ein: Während Schönbohm und SPIEGEL ihre Position zu diesen drei Themen schön klar hatten: „Gewalt - Nein“, „Grundgesetz - Ja“, „Hauptstadt/Nation - Ja“, antworteten die drei Autonomen rollengemäß: „Gewalt [gegen Sachen] - Ja“, „Grundgesetz - Jein“ und „Hauptstadt/Nation - Nein“. Entsprechend konnte Schönbohm dann auch entspannt und geradezu beruhigt auf die Äußerung einer der drei GenossInnen antworten, daß sie „aus dieser Perspektive (...) auf nationale Repräsentanz scheiße“: „Das habe ich vermutet.“ Hier vollbringt Schönbohm das Kunststück, seine GesprächspartnerInnen, die brav eine Meinung anstelle eines Standpunktes formulieren, dazu zu benutzen, ihm recht zu geben. Auf der Folie der läppisch klingenden und fäkalsprachlichen Zurückweisung der Nation gewinnt diese die Kontur eines substantiellen Projekts. Insgesamt gelingt es ihm schließlich fast, seine GegnerInnen in die von ihm repräsentierte Ordnung hineinzuholen. Die mutigen (- und das meinen wir ernst -) „drei von Vielen“, denen es eben anders als dem Hans aus dem Märchen nicht gelang, die drei goldenen Haare des Teufels zu stehlen, einfach weil das SPIEGEL-Gespräch kein Märchen war, sind Schönbohm allzusehr auf den Leim gegangen. Auch, wenn es niemals möglich ist, alle 'Inhalte' bzw. 'Themen' anzusprechen, so hätten sie doch zumindest versuchen müssen, z. B. die Gefangenen des 1. Mai, die Zero-Tolerance-Politik als *Politik*, die „Ausländer-Raus!“-Kampagnen, das Kokettieren Schönbohms mit der intellektuellen neuen Rechten, das immer lebensbedrohlicher werdende Nazi-Problem zu thematisieren, schon allein um den Horizont der aktuellen Politik und der gegebenen schlechten Bedingungen zu erreichen. Und sie hätten einfach genauer wissen müssen, wann sie die Klappe halten und wann sie was mit welchem Ziel sagen. Das Hauptproblem war nach unserem Eindruck, daß die „drei“ tatsächlich versucht haben, *sich* Schönbohm *zu erklären*, und zwar im Hinblick auf die Themen, die *er* vorgegeben hat. Wie haben wir uns bei der Lektüre nach ein wenig Kommunikationsguerilla gesehnt: "Was, da sind Flaschen auf Polizisten geworfen und Scheiben kaputt gemacht worden? Das werden wir sofort durch unsere Kontrollkommission nachprüfen lassen, und die Schuldigen streng bestrafen!" Anstatt dessen diese politisch wirklich nur obszön zu nennenden Unschuldsbekundungen... Noch einmal: Es ist immer leicht, hinterher schlauer zu sein, aber es steht zu vermuten, daß die GenossInnen in diese Falle nicht hineingetappt wären, wenn sie sich über den repräsentativen Charakter von Militanz in dieser jetzigen Gesellschaft klarer verständigt hätten. Genauer: Wir glauben, daß der militante Kampf von Autonomen am 1. Mai auf den Straßen von Berlin heute ganz und gar und im allerstrengsten Sinne ein repräsentativer Kampf ist, wenn er überhaupt Kampf ist und nicht nur Jux und Dollerei. Es ist ja ein Kampf um eine andere Gesellschaft nicht auf der Ebene der Institutionen dieser Gesellschaft, also nicht ein Kampf um die Macht, um dann gesamtgesellschaftlich den Reichtum anders zu verteilen, und zu bestimmen, wer die Straßen saubermachen soll, und ob oder ob nicht Steuern gezahlt werden sollen, sondern ein Kampf zuallererst darum, in den Köpfen überhaupt einen Platz freizuhalten für andere Möglichkeiten, dafür, daß einzelne und Gruppen handelnd irgend etwas verändern können, daß sie sich selbst verändern können, und daß die Grenzen der gesetzlich abgesicherten "du darfst"- und "du darfst nicht"-Regulierung nicht an jedem Punkt unüberschreitbar sind. Daß nicht akzeptiert werden kann, daß das oberste Prinzip, das diesen Staat legitimiert, die Unversehrtheit des Privateigentums und der Möglichkeit der Profitmaximierung ist. Darüber hinaus ist es eine Lust, Gesetze zu brechen, wenn man dies aus dem Prinzip heraus tut, daß es nicht die Gesetze sein dürfen, die unser Handeln bestimmen, sondern daß wir selbst, unsere Vernunft und unsere kollektive Verständigung das sein sollten. Es ist eine Lust, Grenzen zu überschreiten, wenn diese uns suggerieren, wir könnten/dürften/wollten(!) gar nichts anderes, als im Rahmen dieser Grenzen das zu tun, was für uns vorgesehen ist. Diesen und ähnliche Gedanken können durchaus in den Zusammenhang der revolutionären Mai-Demo interpretiert und dann auch einigermaßen konsequent zu Ende gedacht werden.

„Öffentlicher Raum“?

Nachdem wir nun schon an den Problemen der Repräsentation und an der Militanz herumgebohrt haben, wollen wir noch an einem dritten Punkt herumzumäkeln: Es handelt sich dabei um den Ausdruck „öffentlicher Raum“, den die drei GenossInnen als Kampfbegriff gegenüber der von Schönbohm vertretenen Feindbekämpfungslinie- gegen Demonstrationen und gegen kriminalisierte Armut stark zu machen versuchten. Eigentlich wollten wir in diesem Zusammenhang positiv hervorheben, daß es den GenossInnen gelungen ist, zumindest einmal das Bild eines





...sollte einen verdammt

sieren. Auch manche sich als autonome AntiimperialistInnen, AntirassistInnen und AntifaschistInnen verstehende GenossInnen gehören zu eben diesen Linksradikalen, die auf eine Konfrontation mit den Verhältnissen abzielten. Ein anderes Konzept der „Autonomen" geht aus von einer antibürgerlichen Wendung des philosophischen Konzepts der „Autonomie". Autonomie hat in diesem Zusammenhang mehrere Anschlüsse: *Für die gesellschaftliche Utopie* bedeutet „Autonomie" ein Leben in selbstbestimmter Abhängigkeit, d. h. ein Leben, das auf die eigentumsgestützte bürgerliche Fiktion der privaten Unabhängigkeit verzichtet, und zwar zugunsten einer Begründung des Handelns in eigenen Wünschen und Auffassungen, die in der Auseinandersetzung mit den anderen Mitgliedern der Gesellschaft vertreten und verantwortet werden. *Für die Praxis* bedeutet „Autonomie", sich nicht auf eine Weise zu organisieren, die im Widerspruch zu der Gesellschaft steht, für die gekämpft wird, d.h. vor allem, die Partei- oder Organisationsform zurückzuweisen, die erstens kompatibel mit dem herrschenden Verfassungsbogen ist, und deren wichtigstes Strukturmerkmal zweitens darin besteht, eine 'Linie' zu vertreten, der man sich individuell unterwirft, Verantwortung an Führungsfiguren abzugeben und sich schließlich in Hierarchien einzuordnen. Das autonome Philosophie-Konzept ist im Kampf mit der bestehenden Herrschaftsordnung ebenso sehr ein Handicap wie es ein ungeheurer Vorteil ist. Ein Handicap ist es, weil auf dieser Grundlage niemals eine schlagkräftige Armee zustande kommt, die in der Lage wäre, Kapital und Staat hinwegzufegen. Ein Vorteil ist es, weil die herrschenden Mächte nur in Unruhe versetzt werden können, wenn ihre Gegner anders sind als sie, und wenn sie sichtbar für etwas anderes stehen. All diese - einander sich theoretisch teilweise heftig widersprechenden bzw. einander in der Praxis gar nicht mehr berührenden - Konzepte von „Autonomen" bzw. „Autonomie" stehen im Raum, wenn man sich in so eine Auseinandersetzung begibt wie die drei 'autonomen' GesprächspartnerInnen Schönbohms. Für niemanden ist es da einfach, immer die „richtigen Worte" zu finden.



Repräsentation & Individualisierung

Seit einigen Jahren geht das Wort von der „Krise der Repräsentation" um. Seine Wahrheit besteht darin, daß sich die, die immer noch zu häufig unter dem Begriff „die Linke" gefasst werden, seit den 80iger Jahren und verstärkt seit dem Systembruch 1989 gegen die unhinterfragte Voraussetzung kollektiver Identitäten wie „Mann", „Frau", „Arbeiter", etc. wehren. Und tatsächlich, die repräsentativen Verlautbarungen, die einige ewiggestrige 'Avantgarden' immer noch für vorgebliche Klassen-, Rassen- oder Geschlechts-Kollektivsubjekte abgeben, hängen zunehmend absurd in der Luft. Aber woran liegt dieses In-der-Luft-Hängen? Unseres Erachtens nicht etwa daran, daß es nicht immer noch potentielle Kollektive gäbe, deren Projekte durchaus repräsentativ vertreten werden könnten, sondern vor allem daran, daß das Terrain der zukünftigen gesellschaftlichen Kämpfe seit 1989 bisher von so gut wie niemandem begriffen worden ist.[16] Wir leben - ein Hoch auf den Namen dieser Zeitung - tatsächlich in einem historischen Interim. Alle Versuche, in dem durch diese Situation herrschenden Vakuum auf alte Formen zurückzugreifen, sind in der Tat zum Scheitern verurteilt.

In der Szene hat sich auch auf der Grundlage dieses Vakuums die Klarheit breit gemacht, daß Autonome sowieso immer nur sich selbst, und auf keinen Fall irgend jemand anders repräsentieren ("Politik in der ersten Person!"). Abgelehnt wird jede Art von "Stellvertreterpolitik". Das kann man zwar durchaus vertreten, aber in dem Moment, in dem man sich im Zusammenhang mit der 1.-Mai-Demo von der Presse einvernehmen läßt, macht man es sich mit dieser Vorstellung - so finden wir - ein wenig zu leicht. Das Resultat konnten wir im SPIEGEL-Gespräch sehen: Der Punkt, um den sich die „drei von vielen" offenbar keine Gedanken gemacht haben, hat sie mit um so größerer Gewalt wieder eingeholt. Da versuchten sie, ganz allein oben auf dem wackeligen Trapez völlig ohne Netz mit den fest im Sattel sitzenden SPIEGEL-Redakteuren und dem Polizeisenator herumzujonglieren. Ihre nur-sich-selbst-Vertreten-Haltung wurde von Schönbohm in der Form eines aggressiven For-checking umgedreht in eine radikale Individualisierung als eventuelle StraftäterInnen: „Finden Sie es in Ordnung, wenn ein Geschäft kaputtgeschlagen wird?" In diesem Zusammenhang verkehrte sich die Perspektive der Politik abrupt in die des Geständnisses: „Ich würde von mir aus wahrscheinlich kein Geschäft kaputtschlagen." Und Schönbohm macht genau damit den Punkt, auf den es an dieser Stelle ankommt, macht doch eine derartige Distanzierung zur Mai-Randale den Standpunkt des Gegenüber auf jeden Fall bis zum Verschwinden harmlos. Aus ihr folgt Schönbohms am Ende des Gesprächs ausgesprochenes 'Lob', „daß die Autonomen differenziert sind", und sein damit einhergehendes Kooptationsangebot für weitere 1.-Mai-Demos: „Vielleicht kann man gewisse Verhaltensweisen durch Absprachen verbessern." Im Zusammenhang mit der Gewaltfrage ist es mehr als deprimierend, öffentlich publiziert zu sehen, daß Autonome meinen, sich bezüglich eingeworfener Scheiben für unschuldig erklären zu müssen, während die Menschenjagd und das Morden der sich ständig vergrößernden Rassisten-Meute von den bestimmenden gesellschaftlichen Kräften entpolitisiert, und nicht einmal von den Autonomen in diesem Gespräch als politische Gewalt verhandelt wird. In anderen Zeiten hätte man für Schönbohm die Parole bereitgehalten: „Scheiben klirren, Ihr schreit - Menschen sterben, Ihr schweigt!"

„Individuelle Bedürfnisse" und Verstrickung

Ein Spiegelgespräch ist - wie eine Demonstration - in dem Moment, in dem es um Politik geht, d. h. um etwas Allgemeineres, ein repräsenatives Setting. Autonome, die ein politisches Streitgepräch mit dem höchsten Repräsentanten der Berliner Polizeipolitik führen, können gar nicht anders, als etwas zu repräsentieren. Sie repräsentieren eine Position, die versucht, dieser Ordnung, die wiederum Schönbohm repräsentiert, entgegenzutreten. Als SprecherInnen über die Mai-Demos stehen sie gegenüber den LeserInnen des SPIEGEL für ein undeutliches Kollektiv. Ein Kollektiv, über das sie vielleicht nicht genug nachgedacht haben. So standen sie - ohne eine klare Macht oder auch nur ein zu Ende gedachtes Prinzip im Rücken zu haben - der Macht gegenüber, als Zerstreute waren sie Schönbohm unterlegen, der sich auf eine klare Ordnung bezieht. Insofern war das Gespräch kein „Erfolg". Aber: Die Frage der Interim Nr. 451, ob die SPIEGEL-Gespräch-Autonomen damit, daß sie sich mit Schönbohm und Sontheimer an einen Tisch gesetzt haben, denn so etwas garstiges wie "individuelle Bedürfnisse" befriedigt haben mögen, finden wir aus mehreren Gründen blödsinnig: Erstmal ist doch schwer zu hoffen, daß die GenossInnen bei diesem Gespräch auch ihre individuellen Bedürfnisse befriedigen konnten. Denn zweitens war es ihnen ja möglicherweise auch Bedürfnis, zu versuchen, Gedanken, die sie mit der 1.-Mai-Demo verbinden, an die Bevölkerung jenseits der autonomen Szene zu vermitteln. Daran ist zunächst einmal in der Form nichts Schlechtes, sondern nur Gutes. Oder sollen wir etwa als einzigen Maßstab das Sauberbleiben in der Binnenlogik unserer Zusammenhänge akzeptieren? Dann sollte man und frau sofort mit dem Demonstrieren (nicht nur) am 1. Mai aufhören. Was die GenossInnen bei ihrem sich-Einlassen mit der Gegenseite riskiert haben, ist, verstrickt zu werden, was auch passiert ist. Und es ist anzunehmen, daß wir uns noch viel mehr verstricken müssen, daß dabei - auch untereinander - Fragen thematisiert werden müssen, die vielleicht sogar zeigen, daß wir in verschiedener Hinsicht ziemlich blöd dastehen. Aber alles - ja wirklich alles - ist besser, als der sauberen Oberfläche zuliebe die Pro-

---

16 Claus Koch schreibt im Juni-Juli-'98-Heft der Gewerkschaftlichen Monatshefte mit dem Titel „Wo bleibt die Arbeit?" in dem Aufsatz „Arbeit verbindet nicht, Arbeit trennt" (S.385-389), daß „heute noch nicht einmal in Umrissen zu sehen" ist, was „an die Stelle der Arbeitsgesellschaft tritt". Und dann: „Auf schmerzlose oder glimpfliche Übergänge können wir nicht rechnen. Gewalt liegt auf dem Weg."





das Bild ab: Schönbohm muß als zentrale Schlüsselfigur der Politik der neuen Rechten betrachtet werden.[9]

Für unser Thema ist noch wichtig zu erwähnen, daß Schönbohm sich seit seinem Amtsantritt einer öffentlich demonstrierten, repressiven Polizeipolitik gegen Autonome befleißigt, die sich allenfalls noch in der äußeren Form an der bestehenden Gesetzeslage orientiert.[10] Sie ist verbunden mit einer an militärischen Grundsätzen orientierten Gegnerbekämpfung unterhalb der Tötungsschwelle. Daß sich die Polizei in diesem Zusammenhang unter der Hand schon längst in eine militärisch organisierte Bürgerkriegsarmee verwandelt hat, wird deutlich, wenn Schönbohm sich im Zusammenhang mit der revolutionären 1. Mai-Demo 1997 fragt: "Wie setze ich meine Reserven ein?" um sich gleich selbst die Antwort zu geben: "... wie im Gefecht."[11] In diesem Sinne werden zu bekämpfende Demos militärisch gestellt, attackiert und zuweilen demonstrativ zusammengeschlagen. All das ist Teil des Programms, Berlin dadurch reichhauptstadtfähig zum machen, daß 1. Die Armutsfrage als "Ausländerproblem" codiert und damit entsprechend die "Kriminalisierung der Armut" vorangetrieben wird, was wiederum erlaubt, die sichtbar Armgemachten aus dem öffentlichen Raum der Stadt abzudrängen, und daß 2. diejenige politische Kultur aus der Stadt eliminiert wird, zu deren sichtbarstem Ausdruck die Revolutionären 1. Mai-Demos, die Punks und die Autonomen gehören[12] - eine politische Kultur, in der Widerstand gegen Unterdrückung zusammen mit Vorstellungen von Glück stark gemacht werden, die nicht in der An- und Einpassung in ein Leben aufgehen, in dem Arbeit, Eigentum und Konsum, maßloses Geldmachen und sinnloses Geldausgeben der äußerste Maßstab sind.

Wenn man all dies weiß, dann fragt man sich natürlich, was Schönbohm dazu veranlasst haben könnte, sich beim SPIEGEL an einen Tisch mit drei Autonomen zu setzen, um mit ihnen ein 'zivilisiertes' Gespräch zu führen? Das Geheimnis lüftet sich, besinnt man sich auf die Revolutionäre 1.-Mai-Demo 1998, bei der die von Schönbohm bislang so scheinbar erfolgreich praktizierte unterschiedslose Feindbekämpfungslinie eine arge Schlappe erleiden mußte. Nicht nur das danach laut werdende Grummeln im Polizeiapparat und in der bürgerlichen Presse[13] illustriert, daß der Innenbefehlshaber durch die Mai-Randale politisch ein wenig angeschlagen war. Die Karte, die Schönbohm bisher in der Autonomen-Bekämpfung gezogen hatte, stach zum ersten Mal nicht mehr. Um strategische Beweglichkeit zu demonstrieren, mußte er eine andere Karte ziehen. Der SPIEGEL-Talk erlaubte es ihm, in der Öffentlichkeit Souveränität und Profil zu zeigen, außerdem war er eine Gelegenheit, die GegnerInnen, denen er vorher blind gegenübergestanden hatte, ein wenig besser kennenzulernen, und schließlich barg er die kleine Chance, das Berliner Widerstandspotential zu spalten.[14] Schönbohm wußte also was mit dem SPIEGEL-Gespräch wollte. Was wollten nun aber die „Autonomen"?

Wer waren noch mal „die Autonomen"?

Vom SPIEGEL werden die drei GesprächspartnerInnen Schönbohms ja ausdrücklich als „Autonome" geführt - sie selbst nennen sich auf dem Photo, das sie von hinten zeigt, „drei von vielen". Aber welche „Vielen" sind es eigentlich, denen sie sich zuordnen? Zunächst einmal sind das sicherlich die TeilnehmerInnen der 1.-Mai-Demonstration, die wiederum sowohl polizeilich als auch in der Springer-Presse und im SPIEGEL in der Tat als „Autonome" geführt werden. Nun weist die Tatsache, daß sich auch noch andere darum beworben haben, im SPIEGEL-Gespräch die 1.-Mai-Demo zu repräsentieren, nämlich die „Antifaschistische Aktion Berlin" (AABO)[15], darauf hin, daß es sich bei diesem gesellschaftlichen Ereignis um ein vielfältig reklamierbares handelt. Würde man auf beliebige 1.-Mai-DemonstrantInnen zugehen und sie fragen, ob sie eigentlich „Autonome" sind, bekäme man wohl eine Menge Antworten, aber ganz sicher nur sehr selten ein freundliches „Ja". Also was sind die Autonomen? Da gab es einmal die „autonome Frauenbewegung", die sich durch „die Revolte innerhalb der Revolte" ab Ende der 60iger Jahre unabhängig von Männern organisierte. In den 80iger Jahren gab es dann recht viele, die für sich beanspruchten „Autonome" zu sein. Für viele von ihnen bedeutete das aber nicht in erster Linie, Politik zu machen, sondern einer Subkultur mit einem bestimmten Lebensgefühl anzugehören. Dazu gehörte ein gewisser rebellischer Habitus, der sich aber eher von der bürgerlichen Gesellschaft abwandte, anstatt sie und ihre Strukturen anzugreifen. - Das rebellische Lebensgefühl teilten Club- Musik- Kulturleute, HausbesetzerInnen. Dabei bezeichnete der Slogan: „Autonome - mehr als Politik!", sowohl eine Alternative zu den existierenden Verhältnissen, als auch das Aussteigen aus ihnen. Dann gab es da die „Autonomen", die sich entweder über die Tradition des Operaismus, einer avancierteren Form des Leninismus, definierten, oder die sich innerhalb der sozialen Basisbewegungen (z. B. der Anti-AKW-Bewegung) als militant verstanden, und die sich weigerten, sich gegenüber den bewaffnet kämpfenden Gruppen zu entsolidari-

---

9 Zu Schönbohms ganz offenen Kontakten zu der intellektuellen Neuen Rechten, vgl. Berliner Morgenpost vom 12.11.1997. Der linkssozialdemokratische Professor Hajo Funke hat Schönbohms politische Rolle in diesem Zusammenhang in einem Aufsatz („Der aufhaltsame Aufstieg der neuen Rechten durch die Institutionen", in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/1998, S. 177-185.) untersucht.

10 In der latent pauschalen Ablehnung der Bullen werden für uns leicht auch mal alle Polizeikatzen grau. Es ist vielleicht nicht ganz unnütz, den Unterschied im Auge zu behalten zwischen Polizeistrategien, die - z. B. im Sinne des sozialdemokratischen Modells der „Deeskalation" - den Rahmen der derzeit herrschenden Demonstrationsgesetzgebung nicht überschreiten, und solchen, wie wir sie in der Beschreibung der Einsatzkonzeption der Bullen während des 1. Mai 1997 durch den Berliner Polizeidirektor Michael Knape (in: Die Polizei, 1/1998, S. 1-5) finden: Knape beschreibt die 1.-Mai-'97-Konzeption der Bullen als „offensiv und konzeptionell", plädiert also dafür, anzugreifen anstatt zu deeskalieren. In der Absicht, in Zukunft jede Demo nach Lust, Laune und Spaß angreifen zu können, erfindet er den langen Begriff eines "gewaltbereiten kommunikativen Bandes innerer Beziehungen". Eingeführt wird durch dieses Konzept also so etwas Geheimnisvolles wie eine 'innere Haltung' der Demonstrierenden, die die Bullen nunmehr, wahrscheinlich nach Gefühl, erkennen und zum Anlaß nehmen können, loszuschlagen. Und richtig, das „gewaltbereite, kommunikative Band innerer Beziehungen" sei - so Knape - "unter den Aufzugteilnehmern in toto spürbar" gewesen, „ohne daß sich größere Teile nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich davon distanzieren. Genau eine solche Stimmungslage existierte am 1. Mai anläßlich jenes `Revolutionären Aufzugs´, dessen Marschweg durch den Stadtbezirk Mitte führte." Aha! Die Bullen sehen es also mittlerweile als ihre Aufgabe an, nicht mehr nur gegen "Straftaten" sondern auch gegen "Stimmungslagen" vorzugehen, die sie „spüren". Dieser perfide Nonsens, den Knape hier verbrät, ist nur eine andere Beschreibung für die faktische Wiedereinführung des alten Landfriedensbruchparagraphen von vor 1970, nach dem sich schon strafbar macht, wer der Anordnung der Bullen nicht folgt, "jetzt aber nach Hause zu gehen!"

11 FAZ vom 29.4.1997.

12 In diesem Sinne wurde auch Schönbohm im Juni 1996 nach ein paar beim Papst angekommenen Farbeiern direkt vom Bundeskanzler attackiert, als dieser öffentlich mitteilen ließ, daß wenn der Senat solche Geschehnisse künftig nicht ausschließen könne, die Bundesregierung überlegen müsse, ob sie Staatsgäste weiterhin noch nach Berlin einladen könne. Siehe TAZ vom 26.6.1996 : "Dresche vom Kanzler für den Senat".

13 Siehe auch die Kommentierung der Berliner Zeitung vom 4.5.1998: "Schönbohms harte Linie hat versagt".

14 Ähnlich macht es Schönbohm immer wieder: Z. B. hat er sich - nachdem er die türkische Community in Berlin durch offen rassistische Äußerungen attackiert hatte - am 19. Juni ganz 'zivilisiert' mit Vertretern türkischer Vereine zusammengesetzt, und die doch tatsächlich dazu bewegt, ihm ihre Bereitschaft zu erklären, „über Probleme zu reden", aber eben „nicht so" (vgl. TAZ vom 20./21.6.98). Hier zeigt sich lupenrein die einfache Taktik Schönbohms: Erstmal ordentlich über alle Grenzen 'drüberholzen und dann in einem klärenden Gespräch den Gegner dazu bewegen, das von Schönbohm konstruierte 'Problem' erstmal anzuerkennen und Pfötchen zu geben vor lauter Dankbarkeit, dieses mal nicht erschossen worden zu sein.

15 Zu vermuten ist, daß die Antifaschisten für den SPIEGEL weniger interessant waren als 'die' Autonomen, einfach weil letztere viel besser dazu geeignet sind, die Phantasie des Publikums ins Zirkulieren zu bringen, und weil sie zum Klischeebogen der alten West-BRD gehören. Während klar bis zur Langeweile scheint, daß die Antifaschisten gegen den Faschismus sind, ist bei den Autonomen eigentlich nie so recht objektivierbar, was 'die' eigentlich wollen...





...Pudding

von der Autonome bekämpft werden, wenn sie sich zum rebellischen Ausdruck derer machen, die mit den bestehenden Gewaltverhältnissen nicht einverstanden sind. In dem Augenblick, in dem man sich dazu entschließt, sich mit einer solchen Charaktermaske an einen Tisch zu setzen, ist eine Auseinandersetzung mit ihr als einer konkreten Person jedoch unabweisbar. Versuchen wir also, die Person „Schönbohm" - möglichst ohne die sonst übliche unhistorische Dämonisierung - zu beschreiben:



In den Grundlinien seiner Politik ist Schönbohm nicht so weit entfernt von dem, was sein rechtsradikaler Vorgänger Lummer in den Jahren 1981-86 in West-Berlin praktiziert hat. Aber er handelt unter radikal geänderten gesellschaftspolitischen Vorzeichen, was einen ziemlich großen Unterschied macht. Und das muß in den Blick genommen werden, wenn wir uns bewußt machen wollen, auf welchem Terrain wir heute kämpfen. Anfang des Jahres 1996 wurde Schönbohm vom Bonner Kanzleramt in den Berliner CDU-Diepgen-Landowsky-Filz als Innensenator eingeschleust. Zur Gründergeneration der Bundeswehr gehörend wurde er - damals General - Anfang des Jahres 1992 unter dem Bundeskriegsminister Volker Rühe zum Rüstungsstaatssekretär berufen. Der zwischenzeitlich immer mal wieder als möglicher Kanzlerkandidat gehandelte Rühe hatte kurz zuvor in seiner Funktion als CDU-Generalsekretär eine effiziente Kampagne organisiert, um das Asylrecht mit Hilfe von Brandreden, Brandsätzen und Pogromen aus dem Grundgesetz wegzuputschen. Nachdem Schönbohm Zeit seiner Bundeswehrkarriere in der CDU keine wesentliche Rolle gespielt hatte, rückte er so in nur kurzer Zeit in den Spitzenkreis der nationalen politischen Klasse vor. Es wäre ganz verkehrt davon auszugehen, daß es sich bei Schönbohm um irgendeinen beliebigen Hans Wurst handelt. Im Gegenteil: Seit seinem Amtsantritt als Innensenator Anfang 1996 verfolgt er mit einem durchaus modernen und aufgeklärten Mix aus Technokratie, Medieneinsatz und ich-zeige-mein-Gesicht-Bonhommie eine Politik, die seiner Auffassung nach darauf hinauslaufen soll, daß Berlin "die Funktion als Hauptstadt annehmen müsse"[4]. Dieses Programm ist unterlegt von der ebenso einfachen wie einschneidenden Vorgabe, daß es in der Stadt nicht mehr so "weiter gehen könne wie in Zeiten der Teilung", und daß für Berlin "die Zeit der Idylle vorbei" sei. Kurz, Schönbohm betreibt, weit über die bloße Erfüllung seines Jobs hinaus, eine von eigenständigen politischen Absichten durchtränkte Strategie, die „neokonservativ" zu nennen viel zu kurz greifen würde. Es ist eine Politikstrategie, die - anstelle von vagen Integrationsversprechungen - gegenüber den an Ausbildung, Eigentum und sozialer Absicherung Armgemachten knallhart den Knüppel aus dem Sack zu ziehen bereit ist. Gegenüber der gefährlichen Masse derer, die von sozialdemokratischen Ideologen gerne „ModernisierungsverliererInnen" genannt werden, und die es im Interesse vor allem des Kapitals zu kontrollieren gilt, operiert Schönbohm mit kalt durchdachter Strategie anstatt mit konservativ bornierter Spontaneität. Schönbohm will dabei helfen, Berlin zu einer Hauptstadt zu machen, die im Kleinen dem Aufbau der Weltwirtschaftsräume entspricht: Um einen blitzsauberen Kern, in dem geschichtsträchtige Repräsentativbauten, funkelnd moderne Paläste der transnationalen Konzerne und Luxuseinkaufszonen die Kulisse für das Treiben der Reichen bilden, soll schützend ein Gürtel von sauberer Armut liegen, bewohnt von dem neofeudalistisch unterworfenen Dienstleistungsfußvolk der Wachschützer, Verkäuferinnen und RestindustriearbeiterInnen - von der Politik belobigt als „gute Bürger". Dahinter dürfen, unsichtbar für die Reichen und Schönen, abgeschirmt durch die Dienstleistungsarmen, die sich auf Abruf in einen gefügigen Mob verwandeln, die Ausgespuckten, die Schmutzigen, die Häßlichen und die die nicht mitmachen wollen 'leben', die, die ein Arbeitgeberpräsident vor gar nicht langer Zeit als gesellschaftlichen „Abfall" bezeichnet hat. Solange sie nicht zuviel „kosten" und das Wirtschaften der ganz oder knapp Integrierten nicht stören, können sie machen was sie wollen. Es ist dieses gesellschaftliche „Modernisierungsprojekt", das Schönbohm für Berlin durchsetzen will. Er weiß um die Wirksamkeit der Spaltung von guten, ordnungsliebenden Armen einerseits, die unter dem Schutz der Herrschaft stehen, und von bösen, rebellischen Armen andererseits, die gegenüber der Fürsorge und dem offenen Ohr der Herrschaft undankbar sind; schließlich sind da noch die fremden Armen, auf die er die braven Armen hetzt, um sie so schnell wie möglich außer Landes zu jagen. Schönbohm strahlt das Selbstbewußtsein aus, eine Führungsfigur zu sein, ein Mann, der Farbe bekennt, einer, der dem Gegner gerade ins Gesicht blickt. Dabei kombiniert er ältestes Herrschafts*wissen* mit modernsten Herrschafts*techniken*: den Gegner spalten, juristische Grenzen immer wieder punktgenau überschreiten und in den Medien Gesetz und Ordnung repräsentieren. Aufgeklärt wie er ist, weiß Schönbohm, daß Reden und Handeln zwei sehr verschiedene Dinge sind, und während er in seinen Reden den Rechtsstaat geradezu religiös feiert, läßt er seine Männer in der Praxis auch mal drübertrampeln. Das Recht nutzt er ausschließlich als Herrschaftsmittel, und dazu gehört es natürlich, sich selbst als sein respektvollster Diener zu inszenieren. Mit seiner autoritären Staats-Auffassung scheint er nicht nur eine gelungene Verkörperung der Sehnsüchte der reaktionären Kleinbürger nach "Sauberkeit" und der durch die Springer-Presse gebündelten Aufräum-Obsessionen[5] des Mobs zu sein; vor allem mit der seit seinem Amtsantritt kontinuierlich durchgehaltenen Anti-Ausländerpolitik gelingt es ihm schließlich, bündnisfähig gegenüber dem neuen intellektuellen Rechtsextremismus[6] zu sein. Beispielhaft hierfür sind seine zu Beginn des Jahres 1997 in einem programmatischen Beitrag niedergelegten und seitdem wiederholt in Variationen vorgetragenen Propagandabeiträge, in denen er nicht allein vor "Fremdkörperbildung" durch nichttouristische Nichtinhaber eines deutschen Personalausweises warnt, sondern ganz offen für die Unterordnung der in Berlin lebenden Nichtdeutschen unter "Sitten, Gebräuche und Gewohnheiten" der Deutschen und deren Integration in "deutsche Lebensformen" plädiert.[7] Diese Wortwahl passt in die zielgerichtet und gewalttätig hergestellte Rekonstruktion von Berlin als der "Hauptstadt deutscher Volksnation".[8] Seine durchgängig wohlwollende Duldung von Nazi-Aufmärschen bei gleichzeitiger frontaler Bekämpfung jeglicher Antifaaktivitäten rundet

---

4 TAZ-Berlin vom 10.6.1996.

5 Siehe auch die Titelseite der BZ vom 23.1.1998: "Innenminister Kanther / Jetzt räumen wir in Berlin auf! Weg mit aggressiven Bettlern / Weg mit Pennern & Randalieren / Weg mit den brutalen Skatern / Weg mit den Graffiti-Schmierern". Dabei besteht der relative Erfolg dieses "aufräumen"-Gedankens darin, daß sich in ihm in dem spätestens nach dem Verschwinden des realen Sozialismus aktiv vorangetriebenen Zusammenbruch des Wohlfahrts- und Konsensgesellschaften die offenkundig werdende Krise der bisherigen Formen von Politik spiegelt. Wo in dem Chaos turbokapitalistischer Zwangsverhältnisse alles "außer Rand und Band" gerät, und wo die Abwendung von Armut und Elend kompliziert ist, aber von äußerst interessierter Seite einfach zur unabwendbaren Natur erklärt wird, kann die harte ordnende „an den Kragen packen und `raus`-Polizistenhand "ohne langes drum herum reden" zumindest in einer Hinsicht die Handlungsmächtigkeit von `Politik´ demonstrieren.

6 Zu Schönbohms ganz offenen Kontakten zu der intellektuellen Neuen Rechten, vgl. Berliner Morgenpost vom 12.11.1997.

7 Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 1/1997.

8 Diese ausländerfeindlichen Vorstöße Schönbohms halten sich bis in die jüngste Gegenwart durch. Siehe auch K. Schuller in FAZ vom 15.6.1999: „Wo die Bulette verliert, wittert Schönbohm das Ghetto" . Seine Äußerungen haben zwischenzeitlich auch bei Vertretern der politischen Klasse Empörung ausgelöst, so z.B. bei dem Vorsteher der Jüdischen Gemeinde in Berlin Nachama, der den Hintergrund der Schönbohm-Äußerungen zutreffend als „Blut- und Boden Ideologie" und „braunem Muff" bezeichnete. Betrachtet man in den letzten Wochen die diesbezügliche Berichterstattung des Tagesspiegel , dann könnte man sogar den Eindruck bekommen, daß die bürgerlichen Biedermänner diesem Brandstifter in absehbarer Zeit das Handwerk legen könnten.

Wer mit dem Teufel Pudding essen will, sollte einen verdammt langen Löffel mitbringen



"Aufklärung tut not - eine sehr alte, aber nach wie vor gültige Formel. Ich sehe das Problem zum Teil in der Kultursperre des latenten Protestpotentials. Nehmen wir die Autonomen. Sie lesen nichts, sie nehmen nichts wahr, was außerhalb ihres Horizonts eines unmittelbaren Handelns liegt. Man müßte von unten anfangen, denen die Lust am Denken beibringen."

Johannes Agnoli im Sommer 1997

Am 18. Mai 1998 veröffentlichte der SPIEGEL in dem als "Deutschland" geführten Ressort unter dem Titel: "Das Wort Nation ist so tot" ein Streitgespräch zwischen drei Autonomen mit dem Berliner Innenbefehlshaber Schönbohm "über Gewalt, das Grundgesetz und die Zukunft der Hauptstadt".[1]

Bislang beschränkte sich der direkte Dialog von Autonomen, sofern sie keine Spitzel sind, mit Vertretern der Macht darauf, bei Demoanmeldungen schweigend bis genervt die in aller Regel schikanösen Auflagen der Bullen zur Kenntnis nehmen zu müssen, und ansonsten bei günstigerer Gelegenheit schlicht mitzuteilen: "Haut ab!" Bislang wurden von uns Eier, Farbbeuteln, fauliges Gemüse oder Quark als "Argumente" an die Adresse eines leibhaftigen Polizeiministers für ausreichend befunden. Insofern kann auch die in der INTERIM Nr 451 gestellte erste Frage an die GenossInnen: "Seit wann treten Autonome in einen Dialog mit der Macht ein?" ganz einfach dahingehend beantwortet werden: Es war wirklich das erste Mal, weshalb man eben auch jenes SPIEGEL-Gespräch als ein durchaus bedeutsames Zeitdokument lesen kann. Auch deshalb lohnt eine Auseinandersetzung mit den dort festgehaltenen Aussagen. In diesem Zusammenhang verstehen wir das SPIEGEL-Interview als eine Vorlage, um uns über uns selbst aufzuklären.[2] Dabei besteht ein Grundwiderspruch in dieser Auseinandersetzung in der Frage, von welchem Ort wir glauben, eine Kritik ausgerechnet an Autonomen formulieren zu können. Schreiben wir das hier etwa als Voll-, Noch-, Schon wieder- Alt- Post-, Ex-Autonome oder was? Oder vertrödeln wir lediglich als "kritische Kritiker der kritischen Kritik" unsere Zeit? Wir können diese Frage nicht entscheiden, und vielleicht ist das ja auch eine Voraussetzung für die produktive Unruhe, die uns nach der Lektüre des SPIEGEL-Interviews erfaßt hat. In der Tat: Das, was wir dort lesen mußten, hat uns nicht im mindesten "kalt gelassen", im Gegenteil: Wir haben uns über den Inhalt nach und nach "grün und blau geärgert". Und bekanntlich ärgert man sich nie über etwas - und das ist jetzt aktiv formuliert! - mit dem man nicht auch irgend etwas zu tun zu haben meint.

So werden wir im folgenden u.a. das Problem Schönbohm und das der Repräsentanz in der autonomen Szenerie diskutieren, und danach mustern wir einige der von den GenossInnen immerhin an prominenter Stelle dokumentierten Aussagen durch. Wir legen sie sprichwörtlich "auf die Goldwaage" und stellen die nicht nur fassungslose Frage: "Was haben Sie sich eigentlich dabei gedacht?" Wir nehmen einfach die in dem Streitgespäch ausgesprochenen Gedanken der autonomen GesprächsteilnehmerInnen ernst und versuchen sie zu Ende denken, so gut wir das können. Und das ist unbequemer, als wir uns das zunächst selbst gedacht hatten.

Was ist eigentlich ein SPIEGEL-Gespräch?

Ein Spiegel-Gespräch ist eine der Rahmenanordnungen in die sich 'Autonome' eigentlich nur hineinbegeben können, um dann schnell und unkompliziert darin umzukommen. In dieser Zeitschrift - und auch im Arrangement des hier interessierenden Streit-Gesprächs herrschen nur wenige Maßstäbe: Das ist zunächst einmal der *Markt* als etwas was verteidigt, aber auch als etwas, das flott bedient werden muß, um dabei gut zu verdienen. Als Ergänzung dazu existieren in einigen Köpfen der Chefredaktion außerdem noch *die Nation* und der *Staat* (vgl. Augstein) - und vielleicht noch einige verstümmelte altlinke Reflexe, Erinnerungen an eigene Spontizeiten, also etwas wie projektive Melancholie z. B. beim alten Sontheimer, der ja dieses Gespräch arrangiert zu haben scheint. Was die Textproduktion des SPIEGEL aber in erster Linie bestimmt, ist die Hegemonie des durch und durch vermachteten Marktes. Das 'Nachrichtenmagazin' ist einerseits ein Seismograph dafür, was an den Stammtischen der Bourgeosie gerade 'gern genommen' wird; darüber hinaus verstärkt der SPIEGEL die Trends der gehobenen Stammtische, indem er sich eifrig bemüht, diese zu bedienen. Entsprechend wird und wurde, was seit der Vereinigung der Deutschländer in den 90er Jahren als eine forcierte Rechtsradikalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erleiden ist, von eben diesem Nachrichtenmagazin nicht nur "gespiegelt". Mit den in jüngster Zeit publizierten Anti-Ausländer-"Gefährlich fremd"- und „Zero-Tolerance"-Titelstories[3] ist der SPIEGEL im wahrsten Sinn des Wortes *Medium* dieser Rechtsradikalisierung.

Also nochmal: Wenn Autonome in den Spiegel hineinkommen, dann können sie ihre Inhalte: *keinen repressiven Staat*, *keine Nation* und vor allem *keinen kapitalistischen Markt*, dort eigentlich nur in *der* Form hineinbringen, die die Blattmacher akzeptieren. In diesem Gespräch schien es den Spiegel-Leuten darum zu gehen, Randale (Feindbild, Verbrechen) zu thematisieren (das verkauft sich gut), das extreme Gegenbild zur nationalen Repräsentation, wie Berlin sie z. Zt. als Hauptstadt anstrebt, zu präsentieren (Folie für die eigenen Nationsphantasien), und schließlich vielleicht ein anderes, tourismusmarktgängigeres, weil 'bunteres' Berlinbild (wieder)auszuprobieren. Schließlich droht ja nun Rot-Grün und da muß man sich beizeiten nach diskursiven Relais umsehen, die es erlauben, auch *nach* dem wohl bevorstehenden sogenannten Machtwechsel hinter der Macht herzuschreiben. Wahrscheinlich ist ja, daß die Firma Schröder & Fischer ein buntes, weltoffenes, total intensiv debattierendes, flexibilisiertes, europäisches Marktberlin an der Stelle des biederen, kohlwilhelminischen Hauptstadt-der-deutschen-Nation-der-deutschen-Wirtschaft-und-heimliche-Hauptstadt-von-Europa-Berlin zu setzen versuchen wird. In diesem journalistischen Bild haben dann einfach verschiedene "Kulturen", d.h. eben auch die "Autonomen" Platz. Dieses Interesse wird dann auch durch die Aufmachung des Gespräches durch Bilder von Leuten mit bunten Haaren unterstrichen. Typisch ist da die SPIEGEL-Bemerkung: "Beide Seiten an diesem Tisch schätzen offenbar Berlin sehr, haben aber sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, was schätzenswert ist. Halten sie trotzdem eine etwas friedlichere Koexistenz für möglich?" Hier vermittelt das im marktsinn 'neutrale', d.h. total opportunistische *Medium* SPIEGEL die Einfriedung der Autonomen in den Rahmen des ebenso 'neutralen' bürgerlichen Gesetzes.

Wer oder was außer Ernst Jünger-Fan ist Jörg Schönbohm?


Normalerweise ist es nicht der Rede wert, wer jeweils hinter der Charaktermaske steckt, die die herrschende Ordnung vertritt,

---

1 SPIEGEL vom 18. Mai 1998, S. 42-46.

2 Die veröffentlichte Fassung des SPIEGEL-Gespräches ist ein nachträglich aus einem Meer von Gesagten konstruierter Vertragstext, der von den am Gespräch Beteiligten im nachinhein autorisiert werden muß. Jede Seite hat dabei versucht, ein Maximum an Kontrolle sowohl über den Inhalt als auch über die Wirkungen des Gesagten auszuüben. Um so gültiger ist für die Beteiligten eben die Fassung, die schließlich im SPIEGEL zu lesen steht.

3 SPIEGEL vom 14.4.1997: „Ausländer und Deutsche: gefährlich fremd / Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft" und SPIEGEL vom 7.7.1997: „Gegen verbrechen, Drogen und Dreck in deutschen Städten: Aufräumen wie in New York?"


Wer mit dem Teufel...
Zum SPIEGEL-Gespräch
von 3 Autonomen mit
Innensenator Schönbohm
Berlin

Sämtliche ästhetischen, die derzeitigen Ausdrucksformen prägenden Maßstäbe sind in den 90er Jahren durch das Umfeld der Techno-Szene gesetzt worden, die damit die Rolle übernommen hat, die früher zumindest partiell die sogenannten „linke Subkultur" gespielt hat (und wie dort ist auch die Techno-Ästhetik mittlerweile in der bürgerlichen Mitte angekommen).
Wir wollen damit nicht einer „Teurer & technischer"-Argumentation das Wort reden, sondern es geht uns um Kommunikationsformen, die innovations- und interventionsfähig sind und von einem linken Standpunkt aus in die Gesellschaft hineinwirken können. Natürlich sind Computer prima zum Überwachen, Automatisieren und Rationalisieren. Aber es ist genauso zutreffend, daß die Einführung des Computers viele neue bunte Möglichkeiten für Leute eröffnet hat, die sich bisher nie Gedanken um das Produzieren und Verbreiten von Inhalten gemacht haben und damit letztlich den Zugang dazu erst ermöglichte. Uns geht es nicht um die Frage, ob Computer ja oder nein, sondern um das Ergebnis. Die am meisten gelobten Underground-Magazine Mitte der 80er Jahre, die als Vorbilder für derzeitige Mainstream-Adaptionen gelten, wurde unbezahlt auf Kopierern erstellt. Gerade diese Szenen hatte Erscheinungsbedingungen, die gut mit den unsrigen vergleichbar sind: Eine kleine, relativ geschlossene Szene mit wenig Geld, aber vielen **Idealen** und den **Mut** zur *Phantasie*. Heute hat sich dieses Layout mit kaputten Schrifttypen, schwer leserlichem Satz und gewagten Fotomontagen (das durchaus zu linken Inhalten passen würde) in jede Werbeagentur eingeschlichen.
Es ist bestimmt einiges an der These dran, daß eine Bewegung nur dann innovativ ist, wenn sie gewissermaßen historisch zum richtigen Moment groß wird. Das würde heißen, linke Ausdrucksformen so zu nehmen, wie sie sind, weil sie den **Stand der Bewegung** widerspiegeln. Anderseits würde dies auch den Verzicht auf selbst geschaffene Veränderung bedeuten. Selbstverständlich wollen auch wir bei allem Bewegungswillen an den Prinzipien festhalten, daß erstens die LeserInnen für einen Großteil der Inhalte und ihre Präsentation verantwortlich sind und zweitens der Charakter dieses Blattes ein hauptsächlich informativer ist.

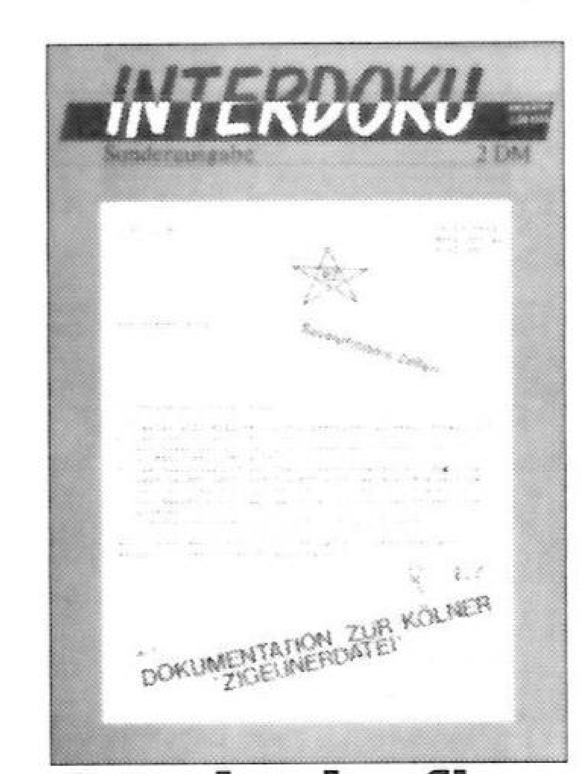
Interim 236

Zum zehnjährigen Geburtstag allerdings sollte es legitim sein, ***n i c h t a l l e s a l s s t a t i s c h u n d b e s t e h e n d z u b e g r e i f e n ,*** sondern über Veränderungen nachzudenken. Wir meinen dies als einen Vorschlag, ein Angebot, als einen Versuch, mit den Formen zu experimentieren, zu dem wir sehr gerne Eure Meinung wissen würden. Natürlich könnt Ihr uns für diesen Text die Ohren waschen, weil Beschreibungen dieser Art nie allgemein gelten, sondern immer nur einen Teil treffen. Wir bitten insofern, sich nicht an den Unzulänglichkeiten abzuarbeiten, sondern an dem Teil, der als Diskussionsvorschlag gemeint ist. Schlußendlich sprechen wir nicht für alle Interims, schon **gar nicht** für die ganze **Szene**, sondern für uns selbst.

Interim 234

Interim 226

Interim 63





Sonderheft



Interim 189



Interim 221

sehr jammern (jedenfalls nicht diese Woche). Was wir uns allerdings wärmstens wünschen, ist die Rückerlangung der Interventionsfähigkeit, die sich an wenigen Punkten, wie etwa den Castor-Transporten und gelegentlich im Antifa-Bereich zeigt. Denn ähnlich dieser angerissenen generellen Entwicklung sehen wir auch die Entwicklung linksradikaler Kultur und Ausdrucksfähigkeit. Anfang der 80er Jahre, mit dem Aufkommen der Punk- und HausbesetzerInnenbewegung, brachte die Punk- und partiell die daran angelehnte autonome Ästhetik **frischen Wind** in die verstaubte Öffentlichkeit. Aus dem Humus der neuen sozialen Bewegungen enstanden die Stadtmagazine, als linksradikale Varianten etablierten sich Dutzende von Bewegungsorganen wie Agit 883 oder auch die noch heute existierende Radikal. Blätter wie die Radikal unterschieden sich nicht nur durch den Umstand, daß sie erstmals von **BasisaktivistInnen** gemacht wurden, sondern auch durch ihre Form. Parallel mit den verschiedenen Bewegungen Anfang der 80er Jahre veränderte die Ergänzung des komplizierten, „elitären“ Blei- oder Fotosatzes durch den Papierumbruch die Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden. Die *zusammengeschnippelten*, auf Papier geklebten und reproduzierten Punk-Flugies sind noch heute ein klassisches, legendäres Mittel der Ästhetik. Die Kopierer stellten ein weiteres Vervielfältigungsmittel dar und die damit erzielbaren stilistischen Elemente sind ebenfalls klassisch und mittlerweile überholt. Neue Technik korrespondiert mit neuen politischen Bedürfnissen.

Interim 31

Interim 33

Interim 34

Das Punk-Layout war genauso chaotisch und brach mit allen herkömmlichen Formen, wie es das Lebensverständnis der Punks war: Inhalt und Form tendenziell deckungsgleich.

Diese Mischung ließ etwa die Radikal zu einem innovativen, teilweise avantgardistischen Projekt werden, in dem sich viele Ansätze fanden, die später vom Mainstream aufgenommen wurden. Die außerparlamentarische, radikale Linke war damit nicht nur durch ihre Inhalte attraktiv, sondern auch durch ihre Formen und Ausdrucksweisen. Politische und soziale Bewegung brachte auch

Ästhetik und Form in Bewegung.

Wie so vieles wurde auch davon einiges in die gesellschaftliche Mitte integriert.

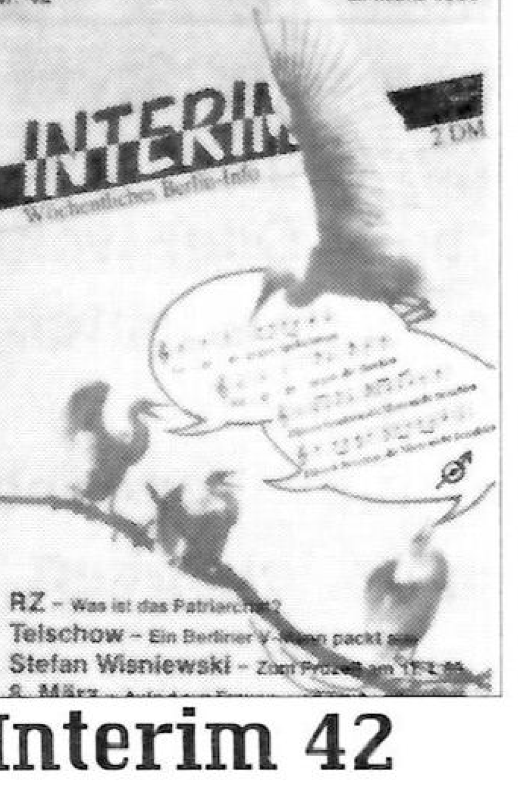
Mittlerweile sind 20 Jahre vergangen, aber in den Ausdrucksformen hat sich die radikale Linke nur wenig weiterentwickelt. Die Radikal sieht wenig anders aus und hat sich gestalterisch eher noch zurückentwickelt (schon klar, die Bedingungen...). Für die Interim (und damit für den Großteil der Szene) gilt das gleiche: Fast jede Nummer könnte auch **1988** oder **1989** oder noch zehn Jahre früher erschienen sein.

Mittlerweile sind Stadtmagazine etabliert und ein Punk-Layout schockiert wirklich niemanden mehr.

In der Technik hat mit der Verbereitung von Computern ein Prozeß stattgefunden, der die Entwicklung Anfang der 80er weit in den Schatten stellt. Die Formen der 90er Jahre sind computerbasiert, genauso wie die Gesellschaft von Computern getaktet wird. Magazine der 90er sind neue Blätter wie der „Flyer“, die kostenlos in hoher Auflage verteilt werden. Als Kommunikationsmedium findet das Internet zunehmend Verbreitung (in aller Ambivalenz von Ausschluß, natürlich). In Kneipen hat sich durch den **Kommunikationsoverkill** an Plakaten eine breite Palette von Postkarten, speziellen Programm- und Eventheften etabliert.

Interim 36

Interim 40

Interim 42



Interim 45

Von Ästhetik, Rand und Mitte

Notizen zum Erscheinungsbild der radikalen Linken und ihrer Publikationen

Zeit für Experimente? Dieses Heft sieht ein wenig anders aus als gewohnt. Wir meinen dies als Experiment, als Versuch, neue Formen zu finden. Schließlich ist die Interim als Bewegungsmedium entstanden und als Bewegunsmedium gedacht. Dementsprechend drückt sie in etwa den Stand dessen aus, was sich gerade in der autonomen Linken tut. Und da - fanden wir - da tut der Interim *etwas Bewegung* gut.

Die Linke hat bislang stets **Trends** gesetzt, **Kritik** geübt, **Bilder** geschaffen. Das gilt nicht nur für die lange Geschichte der Linken, sondern speziell auch für die 70er und 80er Jahre. Doch inzwischen haben wir dieses bewegende Moment verloren. Neue Bilder (vom wahnhaften Rückschritt der Rechten einmal ganz abgesehen) werden von einer Techno-Generation gesetzt. Bilder von einer Jugendkultur bestimmt, die Politik nur noch widerspiegelt und reproduziert und den Kapitalismus feiert - jenseits aller Kritikfähigkeit. Die **Love**parade am Wochenende ist dafür sozusagen ein **Parade**-beispiel.

Trotz aller Kritik an diesem geschickt inszenierten Spektakel müssen wir doch eines anerkennen: sie bewegen sich wenigstens, und die Welt dreht sich um sie. Stellt sich die Frage: Sollen wir von den neuen Ausdrucksformen etwas übernehmen, haben diese in unserer Szene nicht vielleicht schon längts Einzug gehalten? Finden wir eigene Formen? Oder wollen wir weiter so tun, als lebten wir in den frühen 80ern?

Was wir hier zugegebenermaßen spitz formuliert habe, ist etwas, was uns tatsächlich beschäftigt. Wir haben in diesem Heft deshalb einfach mal einen Versuch unternommen. Wir präsentieren quasi einen *ästhetischen Debattenbeitrag* - von dem wir hoffen, daß er Diskussionen anregt und Reaktionen provoziert.

Was wir so rein ästhetisch ausprobieren, sehen wir aber auch als praktische Intervention.

Die autonome und linksradikale Szene hat in den 80ern davon gelebt, vom selbstgewählten Rand der Gesellschaft in die Mitte zu intervenieren und ein (natürlich ambivalentes) feedback zu bekommen. Dieses Wechselspiel - in gesellschaftlichen Kämpfen wie der Hausbesetzerbewegung, Auseinandersetzungen um die Startbahn, die Atomenergie oder sogar auch die Nachrüstung - hat viel von der **Attraktivität der Szene** ausgemacht. Das hat sich in den letzten Jahren, sagen wir: spätestens seit Ende der 80er, gründlich geändert. Die Latte der Gründe ist lang: Zusammenbruch des Realsozialismus, Strukturwechsel im Kapitalismus, Rückbau des Sozialstaates, Forcierung neoliberaler Strategien.

Heute steht die autonome Linke tatsächlich weitgehend marginalisiert dar, das Wechselspiel vom Rand der Gesellschaft in die Mitte funktioniert weitgehend nicht mehr, politische Impulse finden weit weniger Widerhall, als in den 80er Jahren.

Wir brauchen das nicht alles wieder aufzuwärmen, dazu ist viel geschrieben worden, und wir wollen darüber auch gar nicht so

Version 4.54 ✻ 9.7.1998
INTERIM

Der „Feiertag einer Zukunftsorientierten Gesellschaft, die ohne Parolen, Transparente und Feindbilder auskommt“, wie es im Love-Parade-Aufruf heißt, steht vor der Tür. Was Love-Parade und Interim eint, ist ein gemeinsamer zehnjähriger Geburtstag dieser Tage. Die Love-Parade ist wie jedes Jahr, die Interim eigentlich auch. Eigentlich.

Deswegen machen wir einfach mal etwas Neues. Neu schon, aber nicht im Stil postmoderner Beliebigkeit á la Techno. Aber wir sind ja auch nicht Dr. Motte und Blümchen, sondern Anna und Arthur. Genauere Überlegungen dazu findet ihr im ersten Text dieser Ausgabe.

**Love, Love , Love,
und alles wird prima.
One world, one future,
one beat, one world.
Techno goes Berlin
und interim goes Techno?**

Was sich sonst noch so im Heft wiederfindet (vor allem einige längere Debattentexte) könnt ihr im Inhaltsverzeichnis nachlesen. Was sich im Heft leider fast gar nicht wiederfindet, ist, wie der Fußball wieder einmal Anlaß nationaler Charakterstärke bietet. Empörung heuchelnd nutzen allerdings auch die politischen Eliten das „beschädigte Ansehen Deutschlands in der Welt“ um an der Schraube der Inneren Sicherheit noch einmal ein Stück zu drehen. Die Hooligan-Randale wird hierzulande genutzt, um demokratische Grundrechte abzubauen.

Apropos Subkultur, an die WuppertalerInnen: das mit den Musikern haben wir nicht ganz verstanden. Schickt uns doch noch mal Genaueres. Lieber R., leider können wir Einzelanfragen nicht bearbeiten und verweisen dich deshalb auf die bekannten Buchläden. Übrigens, habt Ihr die Sommerpause im Kopf? Falsch gedacht, die gibt´s nicht, wir erscheinen weiterhin im zweiwöchentlichen Rythmus. Schlußendlich belohnen wir die beste Antwort auf die Frage, was ein gutes Vorwort ist, mit einem Riegel Schokolade. Die aber bitten wir in Zukunft wieder etwas regelmäßiger einzusenden. Sonst gibt es bald keine Vorworte mehr und keine Schokoladenpreise.

[vorwort]

Version 4.54
9. Juli 1998

auswärts
3 DM

2^{50} DM

INTERAKTIV

Wöchentliches Berlin-Info

Raveolution?

Revolution

BERLIN

Gegen Auteufung
und Unterrückung
Zusammen
kämpfen!